

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Unbeirrt hält Bush am Kurs der militärischen Neuordnung des Mittleren Ostens fest – Seite 4***
- ***Streit um Ein-Euro-Jobs geht weiter: „Gemeinnützigkeit“ und „Zusätzlichkeit“ als Sollbruchstellen? – Seite 8***
- ***Die extreme Rechte und die Mitte: Was einer Verbotskampagne vorausgehen sollte – Seite 12***
- ***Dokumente vom und zum 6. Kongress der Gewerkschaftslinken am 14./15.1.2005 in Stuttgart – Seite 15***
- ***Zum Frowein-Barcz-Gutachten: Halbe Entwarnung – Seite 19***

Ausgabe Nr. 2 am 27. Januar 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Keine Ausweitung der DNA-Tests

beck-aktuell, 17./18.1. scc. Datenschützer und Deutscher Anwaltsverein (DAV) warnen vor der Ausweitung der DNA-Test. Gegen die Forderungen einer Großen Koalition aus SPD-, CDU- und CSU-Politikern, die DNA-Analysen über die bisher in der Strafprozessordnung erlaubten Fälle hinaus ausweiten wollen – am liebsten prophylaktisch auf die gesamte Bevölkerung – machen die beiden Datenschützer von Sachsen und Schleswig-Holstein, Andreas Schurig und Thilo Weichert, geltend, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Gefahr gerät. Die molekulargenetische Untersuchung von Körperspuren liefere über die Identifizierungsgrundlage hinaus Informationen über Geschlecht, Altersabschätzung und einzelne aus den Erbanlagen ersichtliche Krankheiten. Darüber hinaus berge die Ausweitung der DNA-Datei beim BKA in den Bagatelltatbereich die Gefahr einer wachsenden Zahl von Falschverdächtigungen. In größerem Ausmaß als bisher bestünde die Gefahr, dass genetisches Material von Unbeteiligten zufällig oder auch bewusst am Tatort platziert werde und so im Ergebnis zu einer Art Beweislastumkehr im Ermittlungsverfahren führe. Ähnlich argumentiert der DAV, der auch darauf verweist, dass der schnelle Fahndungserfolg im Fall Moshammer die Notwendigkeit der Änderung der Gesetzeslage gerade nicht beweist. Nach Auffassung des DAV darf ein DNA-Test auch weiterhin nur auf richterliche Anordnung erfolgen.

Streit um Asylbewerberleistungen

Heute im Bundestag – hib, 20.1. rül. Der Bundesrat will die erst Anfang des Jahres in Kraft getretene Angleichung der Grundleistungen für Asylbewerber auf Sozialhilfeniveau schon wieder streichen. Das seit 1.1.2005 geltende Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass Asylbewerber während der ersten drei Jahre nach ihrer Flucht in die Bundesrepublik nur Anspruch auf Grundleistungen in Höhe von 75 Prozent der Sozialhilfe – etwa 223 Euro im Monat – für ihren Lebensunterhalt haben. Danach sollen sie Anspruch auf volle Leistungen in Höhe der Sozialhilfe – also auf 345 oder 331 Euro im Monat – haben, aber nur, wenn sie „die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben“. Das ist den Ländern zu teuer. Als Alternative schlägt die Länderkammer in einem Gesetzentwurf (15/4645) vor, die im Zuwanderungsgesetz festgeschriebene Neuregelung der Angleichung rückgängig zu machen und zur bisherigen Praxis zurückzukehren. Diese sah vor, dass Asyl-

bewerber drei Jahre lang Grundleistungen in der Höhe von 75 Prozent der Sozialhilfe beziehen. Danach soll eine Anhebung der Leistungen auf Sozialhilfe nur dann erfolgen, wenn die betreffende Person eine Bleibeberechtigung erhalten hat und damit ein generelles Bedürfnis nach sozialer Eingliederung besteht. Die Bundesregierung lehnt in ihrer Stellungnahme die Bundesratsforderung ab, „weil dies jene Leistungsberechtigten betreffen würde, die schon drei Jahre abgesenkte Leistungen erhalten haben, ohne die Dauer ihres Aufenthaltes selbst missbräuchlich beeinflusst zu haben“. Auch sei es im Hinblick auf die Menschenwürde verfassungsrechtlich bedenklich, wenn den betroffenen Ausländer und Ausländerinnen auf Dauer die Mittel für eine Teilnahme am sozialen Leben der Gemeinschaft versagt würden.

Existenzminimum zu niedrig angesetzt

Caritas, 20.1. scc. Der Deutsche Caritasverband kritisiert ebenso wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, dass das soziokulturelle Existenzminimum für ALG-II- und Sozialhilfebezieher nicht mehr gewahrt ist. Insbesondere würden bei ALG II und Sozialhilfe die Kosten für Gesundheit nicht berücksichtigt. Viele Menschen könnten sich die seit der letzten Gesundheitsreform anfallenden Zuzahlungen und nicht verschreibungspflichtige Medikamente, die sie selbst bezahlen müssen, einfach nicht mehr leisten. Caritas fordert, dass das Existenzminimum nach einer öffentlichen Debatte in einem transparenten Verfahren ermittelt wird und nicht, wie in diesem Jahr, die Bundesregierung die neue Grundsicherung ungeachtet der Einsprüche der Wohlfahrts- und Betroffenenverbände festlegt. Besonders besorgniserregend ist nach Auffassung der Caritas die Lage von Familien mit Kindern. Kinder unter 7 Jahren bekommen nach den neuen Festlegungen zwar mehr, ältere Kinder aber weniger als vorher, obwohl die Kosten für Kinder mit zunehmenden Alter steigen. Einer armen Familie mit zwei Kindern über 14 Jahren stehen unter Berücksichtigung der Zuzahlungen im Gesundheitsbereich künftig monatlich etwa 80 Euro weniger zur Verfügung als noch Ende 2003.

Kurdischem Politiker droht Auslieferung

ngo-online.de, Yek-Kom, 25.1. alk. Der Stellvertretende Vorsitzende von Kongra-Gel, Remzi Kartal, ist am Samstag bei einem Deutschlandbesuch in Nürnberg verhaftet worden; er lebte seit Jahren im europäischen Exil, nachdem er in

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

der Türke als Parlamentsabgeordneter der DEP verfolgt wurde. Kartal sei wegen eines internationalen Fahndungsversuchens der Türkei festgenommen worden, teilte das Nürnberger Oberlandesgericht mit. Ihm werde die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Ob es tatsächlich zur Auslieferung in die Türkei komme, hänge letztendlich von der Bundesregierung ab. Yek-Kom, die Föderation kurdischer Vereine in der BRD, fordert, dass die BRD endlich ihre Politik gegen die Kurden aufgibt.

EU prüft Verbot von Nazi-Symbolen

FAZ. 18.2.2005.hav. Nach Forderungen deutscher Abgeordneter des EU-Parlaments prüft der zuständige Justizminister der EU-Kommission Frattini ein Verbot von Nazi-Symbolen. Der Kommissar werde diese Idee weiterverfolgen, so sein Sprecher, wenn sich herausstelle, dass sie im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus helfe. Zunächst müsse aber geprüft werden, ob die EU überhaupt für ein derartiges Verbot zuständig sei. Immerhin erkennt der zuständige Kommissar aus dem rechtskonservativen Lager Italiens, dass der Kampf gegen die Ideen, die hinter den Symbolen stecke, wichtiger sei als ein plakatives Verbot. Aber wer sagt denn, dass das eine das andere ausschließt? Frattini setzt sich für einen Rahmenbeschluss der EU gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Ein solcher Beschluss wurde bisher von Italien auf Druck der Lega Nord blockiert. Die Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedstaaten kommen vom 27. bis 29. Januar zu einem informellen Treffen in Luxemburg zusammen und könnten über Strafen für die Verwendung von Nazi-Symbolen beraten.

Schnelle Eingreiftruppe gegen EU-Neinsager

FAZ. 17. 1.hav. Das Europäische Parlament will verhindern, dass die Debatte über die EU-Verfassung in den einzelnen Mitgliedstaaten durch falsche Informationen von Seiten der Gegner des Vertrags beeinflusst wird. Das Parlament werde unmittelbar mit einer Richtiggstellung auf stark verzerrende und verfälschende Darstellungen der Verfassungsinhalte durch die „Nein-Kampagne“ reagieren, teilte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Jo Leinen, mit. Dazu hat das Europaparlament eine sogenannte schnelle Eingreiftruppe ins Leben gerufen. In dieser Gruppe sind neben dem Parlamentspräsidenten Josep Borrell und Leinen die beiden Berichterstatter für die EU-Verfassung Richard Corbett und Iniga Méndez de Vigo vertreten. Die Gruppe soll innerhalb von drei Stunden, nachdem ein Verfassungsgegner falsche Angaben über

Anteil Erwerbsloser an allen Erwerbspersonen nach dem erreichten Bildungsniveau^{*)}
– Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung im 2. Quartal 2003 –

Land	Erwerbslosenquoten in %			
	Gesamt	Einfaches Bildungsniveau	Mittleres Bildungsniveau	Höheres Bildungsniveau
Österreich	4,1	7,9	3,5	1,9
Zypern	4,1	4,8	4,0	3,8
Irland	4,5	7,0	3,9	2,8
Vereinigtes Königreich	4,8	8,9	4,8	2,5
Dänemark	5,4	8,9	4,4	4,8
Schweden	5,6	8,6	5,3	3,5
Ungarn	5,8	12,3	5,4	1,4
Portugal	6,1	6,1	6,7	5,3
Slowenien	6,5	10,3	6,2	3,7
Malta	7,5	8,2	7,2	3,7
Tschechische Republik	7,5	21,9	6,9	2,1
Belgien	7,7	11,6	8,0	3,8
Frankreich	8,4	12,1	7,5	5,7
Griechenland	8,9	7,3	11,9	6,2
Italien	8,9	10,5	8,1	5,6
EU25-Durchschnitt	9,0	12,3	9,6	5,0
Deutschland	9,8	15,7	10,0	5,0
Finnland	10,5	18,3	10,9	4,2
Lettland	10,6	16,9	10,2	6,2
Estland	10,7	17,6	12,2	5,2
Spanien	11,1	12,7	11,5	8,1
Litauen	12,9	21,4	13,7	6,4
Slowakische Republik	17,1	47,0	15,9	4,4
Polen	19,4	26,1	20,8	7,1

^{*)} Für die Niederlande sind keine, für Luxemburg keine zuverlässigen Daten verfügbar.

www.destatis.de. alk. Eine EU-weite Statistik über die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten nach Bildungsstand veröffentlichte jetzt das Statistische Bundesamt. Nicht überraschend ist die höhere Quote bei schlechterer Bildung. Überraschend sind aber die extremen Unterschiede in den Quoten in vielen neuen Mitgliedsländern Osteuropas zwischen einfacher Bildung und Akademikern, das geht bis zum Zehnfachen in der Slowakei (47% und 4,4%) – eine Bestätigung für die in den Politischen Berichten (1/2005, S.7) geäußerte These, dass das soziale Interesse an Ausgleich durch die EU in diesen Ländern extrem differenziert ist.

den Vertrag gemacht hat, mit einer Gegendarstellung antworten. Die nationalen Debatten würden von den Vertretungen des EU-Parlaments in den jeweiligen Hauptstädten überwacht, sagte Leinen. Sie hätten die Aufgabe, die Behauptungen der „Nein-Kampagne“ in den Medien wie auch in Flugblättern zu prüfen.

Verheugen der „Pudel von VW-Chef Pitschesrieder“

FAZ/Dow Jones-VWD. 17.1.hav. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat die Industriepolitik von EU-Industriekommissar Günter Verheugen scharf kritisiert. Sie sei „verbraucherfeindlich und volkswirtschaftlich kurzfristig“, sagte vzbv-Vorstand Edda Müller. Auslöser sind die Pläne Verheugens im Automobilsektor. „Wenn Verheugen Schutzzäune um einzelne Branchen wie die Automobilindustrie ziehen will, verwechselt er die Interessen einzelner Branchen mit dem volkswirtschaftlichen Gesamtwohl“, erklärte Müller laut einer Mitteilung des Interessenverbandes bei einer Veranstaltung des Verbraucherzentrale Bundesver-

bands und des Wissenschaftszentrums Berlin. Der vzbv sah sich nach eigenen Angaben auf den Plan gerufen, nachdem sich Verheugen gegen eine Liberalisierung des Handels mit Autoersatzteilen gewandt hatte. In EU-Staaten wie beispielsweise Deutschland und Frankreich besteht beim Handel mit sichtbaren Autoersatzteilen wie Kotflügeln, Stoßstangen oder Außenspiegeln ein Monopol der Automobilhersteller. In diesen beiden Ländern führe dies zu überhöhten Verbraucherpreisen und schwäche die Nachfrage, kritisierte der Verband. Grundsätzlich forderte Müller eine stärkere Berücksichtigung der Verbraucherseite in der Wirtschaftspolitik. „Die Denke: Hauptsache es geht den großen Konzernen gut, dann profitieren auch die Verbraucher, hat sich als nicht tragfähig erwiesen“, erklärte Müller. Auch der FDP Vertreter im EU-Parlament Alexander Graf Lambsdorf sieht durch die Politik Verheugens des Mittelstand in Gefahr. Nach einem Treffen Verheugens mit dem VW-Chef Pitschesrieder nannte Alexander Graf Lambsdorf Verheugen den „Pudel von VW-Chef Bernd Pitschesrieder“.

Zusammenstellung: alk

Unbeirrt hält Bush am Kurs der militärischen Neuordnung des Mittleren Ostens fest

Einem Artikel des Journalisten Seymour Hersh in der Zeitung „The New Yorker“ zufolge haben die USA spätestens im Sommer 2004 begonnen, im Iran selbst Informationen über Nuklearanlagen und Raketenrüstung zu sammeln. In Kollaboration mit Pakistan operierten Spezialkommandos von Afghanistan aus im Osten des Iran. Ihr Ziel sei, so Hersh, drei Dutzend oder mehr militärische Ziele zu identifizieren, die mit Schlägen aus der Luft oder Kommandoaktionen am Boden zerstört werden könnten. Hersh beruft sich auf anonyme Quellen aus den Geheimdiensten. Das Dementi der Regierung fiel fast schon demonstrativ lau aus. Regierungssprecher erklärten, der Artikel sei voller Fehler, bestritten aber die eigentliche Aussage nicht. Wenige Tage darauf bezeichnete Bush Militäraktionen gegen den Iran ausdrücklich als Option, die sich die USA offen halten. Vizepräsident Cheney wies auf die Möglichkeit eines israelischen Präventivschlages hin.¹ An den Reaktionen anderer Nato-Mitglieder wie in den internationalen Medien und von Experten aller Art fällt vor allem auf, dass die militärische Drohung überwiegend äußerst ernst genommen wird. Auf diesem Hintergrund liest sich die vor Pathos nur so strotzende Antrittsrede des alten und neuen

Präsidenten Bush wie eine Kriegserklärung an den Iran (siehe Auszug auf S. 6), auch wenn der Iran an keiner Stellung erwähnt wird.² Dafür erklärte dann Cheney, dass der Iran in dieser Legislaturperiode die erste Priorität des Präsidenten sei.³

Im Irak geraten die USA immer tiefer in den Sumpf ...

Wenige Tage vor den für den 30.1. anberaumten Wahlen im Irak ist sicher, dass sie nicht überall stattfinden. Alle sunnitischen Parteien boykottieren die Wahl. In vier von 18 Provinzen, in denen ein Viertel der Irakis lebt, gilt die Situ-



Bush-Inauguration vor altrömischer Imperiumskulisse. Bei den römischen Triumphzügen standen allerdings Sklaven hinter den Imperatoren, die sie daran erinnern mussten zu bedenken, dass sie nur Menschen seien.

ation als militärisch mehr als unsicher. Auch in anderen Provinzen könnten der Hass auf die Besatzungsmächte und die Furcht vor terroristischen Anschlägen die Wahlbeteiligung so niedrig halten, dass die Wahl zum Debakel für die USA wird. Mehr noch: Die Kluft zwischen Schiiten und Sunniten wird tiefer und könnte sich zum Bürgerkrieg ausweiten.⁴

Ohnehin sind, wie immer die Wahlen ausgehen, die zukünftige Regierung und die staatlichen Institutionen des Irak auf längere Sicht von der Militärmacht der USA abhängig. Deren Kräfte aber sind angesichts der (nicht eingeplanten) Belastungen bis aufs Äußerste angespannt.⁵ Der Chef der Heeresreserve, Generalleutnant Helmly, warnt, dass die Truppen im Irak „zu einer gebrochenen Streitmacht (verkommen)“⁶. Der Stabschef des Heeres, General Schoomaker, forderte bereits die Aufstockung der regulären Streitkräfte. Um längere Zeit 150.000 Soldaten im Irak stationiert zu halten, müssten die USA allein für den Irak 450.000 Soldaten bereithalten, bei derzeit 500.000 Soldaten des US-Heeres, das den Löwenanteil der Besatzungsmacht stellt. Während (nicht nur) die Kriegsgegner in den USA den Rückzug fordern, wird im Lager der Kriegsbefürworter auch die Wiedereinführung

Chronik der Iran-Krise, Januar 2005

IAEA-Chef El Baradei spricht sich für ein weltweites Moratorium für die Anreicherung von Uran und die Wiederaufbereitung von Nuklearmaterial aus. Ein solches Moratorium könne für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten, bis ein internationaler Vertrag ausgearbeitet sei. Es sei wichtig, dass jedem Land Grenzen gesetzt würden, einen vollständigen Nuklearkreislauf aufzubauen. (Asahi Shimbun, 7.1.)

In der englischen Zeitung *The Guardian* vom 12.1. ist zu lesen: „Die EU wird sich heute der US-Seite widersetzen und Gespräche über Handelsbeziehungen wieder aufnehmen – in der Hoffnung, dadurch eines der Länder mit dem weltweit schnellsten [Inlands-]Wirtschaftswachstum für größere ausländische Investitionen zu öffnen. Die Gespräche, die vor 19 Monaten unterbrochen wurden, werden [nunmehr] nach

Übereinkunft zwischen dem Iran und Großbritannien, Frankreich und Deutschland dahingehend, dass die Islamische Republik ihre Uran-Anreicherungs- und Wiederaufbereitungs-Aktivitäten für militärische Zwecke beendet – wieder aufgenommen. (...) Benita Ferrero-Waldner, die Kommissarin für Auswärtige Angelegenheiten, sagte, dass die wiederaufgenommenen Gespräche ‚ein deutliches Zeichen unseres Wunsches sind, mit dem Iran zusammenzuarbeiten.‘ Das Land könne – ‚solange wie die internationale Gemeinschaft sicher sein kann, dass Irans Nuklearprogramm nicht für militärische Zwecke entwickelt wird‘ – vorwärts blicken auf eine umfangreiche [Handels-]Beziehung. (...) Auf der Basis von niedrigen Handelsstarifen bei 3% würde (so Mitarbeiter von Ferrero-Waldner – Red.) der Iran ermutigt, noch mehr Güter zu exportieren – vor allem Erdöl, das 84% seines Handels mit Europa ausmacht. Es würde darüber hinaus auch von Vorteil sein für dieses Land, wenn es seinen Markt für EU-Unternehmen ... öffnet. US-

Unternehmen sind von Gesetzes wegen daran gehindert, mit dem Iran Handel zu treiben. (...) Jegliches Handelsabkommen müsse [aber] begleitet sein von einer parallelen Kooperation in vier Bereichen: Menschenrechte, regionale Sicherheit im Mittleren Osten, Kampf gegen den Terrorismus und Nicht-Weitergabe von Massenvernichtungswaffen. [...] (Übersetzung hüh)

Ein Team der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat nach Angaben der Organisation am 13.1. den iranischen Militärkomplex Parschin inspiziert. Wie der IAEA-Sprecher Mark Gwozdecky mitteilt, wollte das Team an dem Standort auch Proben für Laboruntersuchungen nehmen. Die US-Regierung vermutet, dass in dem Gelände rund 30 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Teheran mit hochexplosivem Material experimentiert wird, das zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann. Washington wirft dem Iran vor, mit seinem Atomprogramm militärische Zwecke zu verfolgen. Der Iran hatte Inspektion im



Rund 25 000 Menschen demonstrierten allein in Washington gegen die Inauguration Bush's, unter anderem mit einer gespenstisch langen Reihe von Särgen, die mit den US- bzw. schwarzen Flaggen an die inzwischen fast 1 400 getöteten US-Soldaten sowie die zahllosen getöteten Irakis erinnern. In über 20 weiteren Städten fanden ebenfalls Protestaktionen statt.

der Wehrpflicht diskutiert. Aber das wäre für Regierung und Generalität ein unkalkulierbares Risiko. Wie der *Spiegel* in seiner Online-Ausgabe vom 17.1. berichtet, ist inzwischen eine noch kleine, aber zunehmende Zahl von Soldaten desertiert, die Asyl in Kanada beantragt haben. Zunehmend werden in der öffentlichen Diskussion Erinnerungen an den Vietnam-Krieg, an Massendesertionen nach Kanada und an offene Meutereien in der Armee beschworen. Gleichzeitig mehren sich Hinweise und Berichte, dass die USA dabei sind, so ge-

nannte Todesschwadronen im Irak aufzubauen, die Aufständische aufspüren und töten, aber auch die sunnitische Bevölkerung einschüchtern und terrorisieren sollen.⁶

... am Brocken Iran drohen sie sich vollends zu verschlucken

In der Dezember-Ausgabe der US-Zeitschrift *Atlantic Monthly* untersuchen so genannte Sicherheitsexperten die militärischen Möglichkeiten, die den USA gegen den Iran zu Gebote stünden⁷:

letzten Jahr noch verweigert, im Januar aber genehmigt.

US-Präsident Bush schließt einen Militäreinsatz gegen den Iran nicht aus, sollte das Land im Atomstreit nicht nachgeben. Er hoffe, dass das Problem auf diplomatische Art gelöst werden könne, wolle aber keine Option ausschließen, sagte Bush am 17.1. dem Nachrichtensender NBC.

Die designierte **US-Außenministerin Rice** brandmarkt bei ihrer Anhörung vor dem US-Senat Iran sowie fünf weitere Staaten (Birma, Kuba, Nordkorea, Zimbabwe und Weißrussland) als „Vorposten der Tyrannei“. Die Verbreitung von Demokratie und Freiheit sei zentrale Aufgabe der US-Außenpolitik. „Wir können nicht ruhen, bis jeder Mensch, der in einer Gesellschaft der Furcht lebt, schließlich seine Freiheit gewonnen hat.“ (18.1.)

Der **Iran** warnt die USA vor einem Militäreinsatz. Außenamtssprecher Asefi erklärte am 19.1., der Iran werde mit seinem gesamten „diplomatisches Können und militärischen Vermögen“ auf alle

„unklugen Maßnahmen oder Pläne“ reagieren.

US-Vizepräsident Cheney setzt gegenüber dem Fernsehsender MS-NBC am 21.1. den Iran an die Spitze aller Krisenherde in der Welt. Teheran habe „ziemlich robuste neue Atomprogramme“ entwickelt und sei ein Sponsor des Terrorismus.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer spricht sich am 21.1. gegenüber dem Iran für eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“ aus. Es sei von äußerster Bedeutung, dass sich die EU und die USA bei der Iran-Politik eng abstimmen. „Nur so können wir verhindern, dass Länder oder Allianzen gegeneinander ausgespielt werden.“

EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner warnt vor einem Militäreinsatz gegen Iran und spricht sich für eine diplomatische Lösung aus. „Wir müssen jetzt alles dran setzen, im Iran einen diplomatischen Erfolg einzufahren“, sagte sie im Interview mit der *Bild am Sonntag* (23.1.).

Die *Sunday Times* berichtet am 23.1.,

Luftangriffe gegen die iranischen Revolutionsgarden, Luftschläge gegen die vermuteten Anlagen der Nuklear- und Raketenproduktion, schließlich die im Regimewechsel gipfelnde Invasion. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass keine der militärischen Optionen das Problem des iranischen Atomprogramms dauerhaft löse, dass die zivilen Opfer auch in den ersten beiden Fällen hoch und das Risiko insbesondere bei einer Invasion außerordentlich hoch seien. „Die schlechteste Option wären israelische Luftschläge – bei ungewissem militärischen Erfolg wären katastrophale politische Folgen im Mittleren Osten garantiert.“

Andere halten gezielte Militärschläge gegen iranische Anlagen für zwar durchführbar, aber „sehr schwierig“⁸, vor allem deshalb, weil die mehr als zwei Dutzend Anlagen des iranischen Atomprogramms geografisch verstreut und z.T. Dutzende Meter tief im Erdreich verbunkert, also schwer zu zerstören sind. Außerdem seien die Anlagen parallel ausgelegt, so dass der Iran die Nuklearproduktion schnell wieder aufnehmen könnte. Das bedeutet, dass die USA mit gezielten Militärschlägen die iranischen Anlagen kaum vollständig ausschalten könnten, aber unkalkulierbare Risiken der Ausweitung des Krieges im Mittleren Osten oder auch der Entfesselung eines asymmetrischen Krieges eingingen.

Zu befürchten ist, dass all das, d.h. sowohl die Lage der Besatzungsmacht im Irak wie die Folgen eines Angriffs auf den Iran, die Gefahr eines solchen Angriffs nicht mindert⁹, fast gewinnt man den Eindruck: im Gegenteil.

dass der **britische Außenminister Straw** in einem 200 Seiten dicken Bericht die Beteiligung Großbritanniens an Militäraktionen gegen den Iran ausschließt und eindringlich für eine friedliche Lösung plädiert. Straw soll in dem Bericht ausdrücklich darauf verweisen, dass der Iran das Recht zu einer friedlichen Nutzung der Atomenergie habe. Tags drauf weist Premier Blair Spekulationen über Spannungen zwischen den USA und Großbritannien bezüglich des Irans zurück. Die britische Position sei es, den Iran davon zu überzeugen, kein Atomprogramm zu entwickeln.

Der *Tagesspiegel* berichtet am 24.1., dass sich die **Bundesregierung** wegen der angespannten Beziehungen zwischen Iran und den USA besorgt zeige. Experten gingen davon aus, dass die USA die mögliche Anwendung militärischer Gewalt gegen Teheran ernst meint. Zwar rechne man nicht mit einem groß angelegten Angriff der USA, wohl aber mit präzisen Schlägen gegen einzelne Einrichtungen.

www.friedensratschlag.de, div. Tageszeitungen



Auszug aus der Inaugurations-Rede von G.W. Bush

„... solange ganze Regionen der Welt in Groll und Tyrannei vor sich hin gären, anfällig für Ideologien, die Hass nähren und Mord entschuldigen, wird Gewalt wachsen, deren zerstörerische Kraft sich über die bewachtesten Grenzen hinweg vervielfacht und eine tödliche Gefahr birgt.

Es gibt nur eine Kraft in der Geschichte, die die Herrschaft von Hass und Groll brechen, die Anmaßung von Tyrannen entlarven und die Hoffnung der Aufrechten und Toleranten belohnen kann: das ist die Kraft, die aus der Freiheit der Menschen entspringt. Die Ereignisse und unser gesunder Menschenverstand lassen eine Schlussfolgerung zu: Das Überleben der Freiheit in unserem Land hängt immer mehr vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab. (...)

Heute ist dies (die Ausbreitung der Freiheit überall in der Welt – Red.) erforderlich für die Sicherheit unseres Landes. Das ist der Ruf unserer Zeit. Deswegen ist es die politische Strategie der Vereinigten Staaten, demokratische Bewegungen und Institutionen in jedem Land und jeder Kultur zu suchen und ihre Entwicklung zu unterstützen, um letztendlich die Tyrannei in der Welt zu beenden.

Das muss nicht in erster Linie durch den Einsatz von Waffen geschehen, wir werden jedoch uns und unsere Freunde immer mit Waffen verteidigen, wenn dies erforderlich ist. (...)

Unser Land hat Verpflichtungen angenommen, die schwer zu erfüllen sind. Von diesen Verpflichtungen abzuweichen, wäre unehrenhaft. Weil wir in der großen Befreiungstradition dieses Landes handelten, haben Millionen von Menschen die Freiheit erlangt. Und da Hoffnung wiederum Hoffnung weckt, werden noch Millionen von Menschen ihre Freiheit erlangen.“

Quelle u. ganze Rede: www.faz.net

EU und USA – trotz gewichtiger Differenzen einig in zwei entscheidenden Fragen

Allem Anschein nach sind die EU und ihre Mitgliedstaaten zu den Kriegsdrohungen der USA auf Distanz gegangen, gerade auch die britische Regierung (siehe Chronik). Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die EU mit den USA in zwei grundlegenden Fragen einig ist:

Erstens darin, dass sie das iranische Atomprogramm für „nicht hinnehmbar“ – so Bundesaußenminister Fischer wörtlich – erklären. Sie sind sich einig, den Iran daran zu hindern, Atomwaffen bauen zu können. „Wenn die Atomrüstung Irans nicht oder nur unter enormen Kosten zu verhindern ist ... , weshalb bezeichnen dann die westlichen Mächte diese Situation als inakzeptabel“, fragt ein Kommentator der Neuen Zürcher Zeitung¹⁰ und fährt fort: „(...) Die strategische Einschätzung, ob iranische Atomwaffen wirklich eine zu große Bedrohung darstellen, ist wohl nicht abgeschlossen. Sie hängt mit der Natur des Regimes zusammen; wäre es zu einer friedlichen Machtablösung und der Einsetzung einer demokratisch gesinnten, säkularen und ‚vernünftigen‘ Regierung in Teheran gekommen, hätte sich die Aufregung längst gelegt.“

Das verweist auf den zweiten Punkt, in dem sich USA und EU einig sind. Ein hochrangiger Vertreter des Pentagons, der mit der Umstrukturierung des US-Militärs beauftragte A. Cebrowski, hat es einmal so formuliert: „Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren.“ „Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist ... , wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen.“¹¹ In dieser Wahrnehmung gehört das islamische Regime zu denen, die sich der kapitalistischen Globalisierung und ihren Regeln widersetzen und die Modernisierung und Transformation des Landes hemmen. Es steht der Neuordnung des Mittleren Ostens im Weg.

Die EU verfolgt, wenngleich derzeit mit anderen Mitteln, das Ziel der Mediatization des Iran ebenso wie die USA. Man muss die Differenzen nicht gering achten, um zu dem Schluss zu kommen, dass auch die Politik der EU gegenüber Iran aggressiv ist und in letzter Konsequenz – dann nämlich, wenn der Iran sich nicht fügt – militärische Eskalation einschließt.

Alternativen sind nötig

Der Gedanke, dass ein autoritäres Regime wie das der Mullahs über Atomwaffen verfügen könnte, ist äußerst beunruhigend.

Auf der anderen Seite ist der Iran – auch abgesehen von dem großen Aufmarsch von US- und Nato-Truppen an mehreren Grenzen – von drei Staaten

umringt, nämlich Pakistan, Indien und Israel, die über Atomwaffen verfügen.¹² Eine Politik, die die Sicherheitsinteressen des Iran angesichts der real existierenden Macht-Asymmetrie missachtet, wird die mit dem iranischen Nuklearprogramm verbundene Problematik nicht lösen, sondern bestenfalls aufschieben. Vor allem liefert sie militärischer Drohung eine Legitimation.

Es gibt deshalb keine friedliche Alternative zu einer Politik, die nicht nur das Ziel einer atomwaffenfreien Zone Mittlerer Osten, sondern letztlich die konsequente atomare Abrüstung verfolgt. Der Vorschlag des IAEA-Vorsitzenden El Baradei (siehe Chronik) geht in die richtige Richtung und verdient Unterstützung. scc

- 1 NZZ am Sonntag, 23.1. Markus Spillmann, Kein guter und kein schlechter Polizist
- 2 Die taz kommentierte die Rede fast schon begeistert: „Die Welt freier, gerechter und demokratischer machen zu wollen – dies war das überragende Thema von Bushs Antrittsrede ... Man konnte fast jeden Satz unterschreiben. Wer ist nicht gegen den Sturz von Tyrannen, für die Achtung von Menschenrechten und den Sieg der Demokratie? Nur weil diese Sätze aus Bushs Mund kommen, sind sie nicht falsch. Denn im Grunde stellen sie irdemokratische, auch sozialdemokratische Ideen dar, die ebenso von John F. Kennedy und Bill Clinton vertreten wurden.“ Die Frankfurter Rundschau äußerte sich so: „Was tun? Man könnte Bush beim Wort nehmen. Und einen transatlantischen Dialog darüber beginnen, wie Freiheit und Demokratie tatsächlich gemeinsam vorangetrieben werden könnten.“
- 3 Deutsche Welle, 22./23.1.
- 4 Kurier, 24.1. Auch Brent Scowcroft, Sicherheitsberater von Bush senior, sieht im Wahldatum lediglich „ein großes Potential zur Ausweitung des Konflikts“, schreibt der Spiegel in der Online-Ausgabe v. 17.1.
- 5 Siehe auch: PB 1/05, S. 9
- 6 Verschiedene Quellen, u.a.: Spiegel, Online-Ausgabe v. 17.1.; Telepolis, Florian Rötzer, Aufbau von Todesschwadronen im Irak, 10.1. Die Quellen beziehen sich v.a. auf das US-Magazin Newsweek.
- 7 Wiedergegeben nach: Internationale Politik, Januar 2005 (Online-Ausgabe), Zeitschriften-schau USA: Die Revolution frisst ihre Kinder.
- 8 So Dan Schueftan, Chotam Center for Middle East Studies und Berater der israelischen Regierung, oder die Organisation Globalsecurity. Siehe dazu: NZZ am Sonntag, 23.1., a.a.O.
- 9 Bedenklich stimmt in dem Zusammenhang auch, dass türkischer Presse zufolge die USA bei der Türkei um die Genehmigung nachsuchen, ihre Basis in Incirlik auszubauen.
- 10 NZZ, 20.1., Kommentar: Iran im Fadenkreuz
- 11 Zitiert nach: Jürgen Wagner, Ökonomie und Strategie globaler Kriegsführung, IMI-Analyse 2004/020, <http://imi-online.de/download/IMI-Analyse-2004-20JWUS-Basen.pdf>
- 12 Ein einflussreicher Vertreter des Regimes, der Parlamentarier Djawad Larjani, sprach offen aus, um was es dem Iran geht: „In sicherheitspolitischer Hinsicht macht es überhaupt keinen Sinn, dass der Feind über Atomwaffen verfügt, wir aber darauf verzichten. (...) Es ist unser gutes Recht, Atomwaffen zu besitzen, weil alle Staaten um uns herum Atomwaffen besitzen. Israel verfügt über Atomwaffen, daher ist niemand legitimiert, uns das zu untersagen.“ Zitiert nach: Freitag, 29.10.04, Mohsen Massarrat, Das Spiel mit dem Feuer.

Wir dokumentieren einen im letzten Frühsommer geschriebenen, aber erst jetzt veröffentlichten Brief von Tom Manning, einem politischen Gefangenen in den USA. Er wirft Licht auf die Verhältnisse in den US-Gefängnissen und damit auf die inneren Verhältnisse, auf die starken Tendenzen zu ungezügelter Gewalt und autoritärem Staatsregime. Tom Manning ist Vietnam-Veteran, der später an bewaffneten Aktionen gegen den Vietnamkrieg teilnahm.

Erinnert werden soll in diesem Zusammenhang an die vielen politischen Gefangenen in den US-Gefängnissen, die z.T. seit mehreren Jahrzehnten, etliche seit über 30 Jahren einsitzen. Einige Gefangene, die sich im Gefängnis politischen Widerstandsbewegungen anschlossen, sind wie Hugo Pinell und Ruchell Magee seit 40 bzw. sogar seit 45 Jahren inhaftiert. All diesen Gefangenen wird die längst überfällige Freilassung hartnäckig verweigert. (Quelle: Gefangenen Info 294)

Während meiner Zeit

Von Tom Manning

An den Zeitungsbildern der von KBR/Halliburton gebauten Gefängniszellen auf Guantanamo Bay (Gitmo) merkte ich, dass sie keine sanitäre Einrichtungen haben. Das überrascht mich, bedenkt man den Preis, den KBR/Halliburton den US-Steuerzahlern für diese Zellen in Rechnung stellt. (...)

Durch die persönliche Kenntnis der Gegend und da ich die Umgebung in den Zeitungsbildern als die alte Seabee/Kittery Beach-Gegend wiedererkannt habe (Tom Manning arbeitete in den 60er Jahren in einem Baubataillon der US-Marine, die in dieser Region Unterkünfte errichtete – Red.), war mein erster Gedanke, dass es schlimm sein muss, dort [in glühender Hitze] in einem Metallkäfig eingesperrt zu sein ohne ausreichendes Wasser. Noch dazu, der Gnade jungen, schlecht ausgebildeten Militärpersonals ausgesetzt zu sein, um Wasser und Zugang zur Toilette zu bekommen.

Während meiner Zeit in US-Gefängnissen (24 Jahre und 6 Monate, bis jetzt) war ich mehrmals in Zellen ohne Wasser oder Toilette. Ich war der Laune aller möglichen Schließer ausgesetzt, die zufällig im Trakt Dienst hatten. Ich weiß, dass es eine Ausnahme und nicht die Regel ist, wenn sich ein Schließer stets den Vorschriften entsprechend verhält.

Während ich überlegte, wie ich diese Gedanken und Beobachtungen bezüglich des Wassers verfassen sollte, wurden die Bilder des Abu-Ghraid-Gefängnisses im Irak veröffentlicht. Und es kamen weitere Information und Bilder.

Automatisch wechselt der Kopf in den Wiederholmodus.

Während meiner Zeit in US-Gefängnissen wurde mein rechtes Knie kaputt getreten, als ich von fünf Schließern verprügelt wurde [Walpole State Prison, Ten Block DSU, 1969]. Ich lag auf dem Rücken am Boden mit mehreren Schließern oben drauf, ein Fuß war am Bett. Ein anderer Schließer sprang auf das Knie. Ich wurde vor Schmerzen ohnmächtig. Danach hatte ich nur 15% Beugekraft im Knie, bis es nach meiner Freilassung 1971 operiert wurde.

Kurz nach meiner Verhaftung 1985 wurde ich mit gefesselten Händen und Füßen, an eine Bauchkette gekettet, mit voller Wucht auf den Betonboden geknallt. Dabei wurde mir meine linke Hüfte gebrochen und anschließend nicht richtig behandelt, bis mir 1999 eine Kunststoffhüfte eingesetzt wurde. Infolge der jahrelangen Einnahme von Schmerztabletten bekam ich Magenbeschwerden und Nierenprobleme. Meine Nieren funktionieren nur zu 50%. Ich musste oft Eisentabletten gegen Anämie infolge innerer Blutungen schlucken und gegenwärtig Kalziumtabletten, um die Kalziumausscheidung der Nieren auszugleichen.

Während zwangsweisen Blutentnahmen wurde ich mit hinter dem Rücken gefesselten Händen verprügelt und an beiden Schultern schwer verletzt. Beide Schultern wurde operiert. Diese Gelenkoperationen an Knien, Hüfte und Schultern hinterließen eine über 53 cm zusammengesetzte Narbe, abgesehen von drei orthoskopischen Eingriffen.

In einer einzigen Nacht wurde ich zwölf Mal mit Elektroschockgeräten angegriffen und litt zeitweise dadurch an einer Lähmung der linken Seite, wie bei einem Schlaganfall.

Im Bundesgefängnissen wurde ich mehrmals nackt fotografiert, aber auch von der New Jersey Polizei und dem FBI. Ich musste mich unzählige Male bei Körperdurchsuchungen nackt ausziehen.

Ich wurde an den Fußfesseln geschleift und gegen Wände geschleudert und Treppen rauf und runter.

Auf einer Bahre mit dem Kopf vornüberhängend und gefesselt wurde ich durchs Gefängnis geschoben und gegen jeden Türrahmen bzw. jede Tür und Ecke gerammt.

Mindestens sechs Mal wurde ich in der Zelle mit Tränengas besprüht.

Nackt mit den Händen auf dem Kopf wurde ich gezwungen, meine Zelle zu verlassen. Eine Gruppe von sechs wie Ninja-Turtle angezogene Schließer sagte mir, dass, sollte ich die Arme runternehmen, dies als eine Aggression verstanden und dementsprechend beantwortet wird; währenddessen bellte ein deutscher Schäferhund derart nah an meinen Genitalien, dass ich seinen Atem und seinen Seiber auf meiner Haut spüren konnte. Danach wurde ich gezwungen, sechs Stockwerke runterzulaufen,

an jeder Etage von einem Hundeführer mit Hund weitergetrieben.

Die Gruppe, in der ich war, wurde dann in einen großen Besuchsraum getrieben, wo alle 24 von 2 Uhr bis 8 Uhr morgens blieben, nackt, während unsere Zellen auseinandergenommen und unsere Privatsachen zerstört wurden.

Ich habe vergessen, wie viel Male ich stundenlang mit gefesselten Händen und Füßen in einer Zelle gelassen wurde. Bis zu 17 bis 20 Stunden so gefesselt, während Transportverzögerungen und Warterei, ohne Wasser oder Toilettenzugang. Ich habe taube Stellen an den Händen, Hand- und Fußgelenken von dieser Behandlung und von den Jahren in Hochsicherheitsgefängnissen. Insgesamt 14 Jahre in Einzelhaft, 23 Stunden am Tag, oder länger, nie weniger (6 Jahre in New Jersey; 3 in Marion; 3 in ADX, Florence und in den 1960iger Jahren 2 Jahre in Walpole, Massachusetts).

Verzeiht mir also, dass ich von der „schockierten und verwunderten“ Reaktion der US-Öffentlichkeit auf den neuesten „Skandal“ unangenehm irritiert bin. Es wird mich interessieren zu sehen, wie lange die Aufmerksamkeit der „Öffentlichkeit“ darauf fokussiert wird. Und ich fordere alle Gefangene oder Ex-Gefangenen, die diese Zeilen lesen, auf, sich hinzusetzen und die eigenen Erfahrungen von Haft und Misshandlung niederzuschreiben und zu veröffentlichen. Oder erzählt von der am meisten unvergesslichen Misshandlung, die ihr miterlebt habt.

Zum Beispiel, als ich im Hochsicherheitstrakt in Trenton, New Jersey, neu ankam, hörte ich Gelächter und Winseln. Ich guckte aus der Zelle raus und sah einen sehr dicken, jungen weißen Gefangenen auf dem Boden liegen, die Arme über den Kopf gestreckt und an Händen und Füßen gefesselt. Sein Hemd war über den Kopf bis auf die Arme hoch-, seine Hose bis auf die Füßen runtergezogen. Er war nackt vom Unterschenkel bis zum Oberarm. Schließer standen auf seinen Fesseln an beiden Enden und ein Schlagstock ragte aus seinem Rektum heraus. Niemand sonst im Trakt rührt sich. Ich bin durchgedreht, schrie und trat gegen meine Zellentür. Ich glaube, dass ich während meiner Jahre in MCU mitgeholfen habe, die Apathie der Gefangenen zu durchbrechen und den Widerstand gegen solche Misshandlungen zu stärken. Natürlich verschlimmerte sich die Behandlung dementsprechend.

Aber ich würde lieber auf den Füßen sterben, als auf den Knien zu bleiben.

Der Kampf geht weiter!

Thomas W. Manning

10373-016

P.O. Box 1000

Leavenworth, KS 66048

www.geocities.com/tom-manning/in-mytime.html

„Gemeinnützigkeit“ und „Zusätzlichkeit“ als Sollbruchstellen?

Seit 1. Januar können Arbeitslose, die das neue ALG II beziehen, durch die Agenturen für Arbeit verpflichtet werden, einen „Ein-Euro-Job“ anzunehmen. Weigern sich Betroffene, so kann ihnen ihr ALG II um 30 Prozent, im Wiederholungsfall sogar noch mehr gekürzt werden. Bei Arbeitslosen unter 25 Jahren kann das ALG II, wenn sie sich weigern, eine solche „Arbeitsgelegenheit“ anzutreten, sogar komplett gestrichen werden.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Wirtschaftsminister Clement jetzt verkündet, sein erstes Ziel sei, bis zum Sommer durch „intensive Betreuung“ einen deutlichen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen. Da sich auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Besserung abzeichnet, alle Arbeitsmarktexperten sogar einen weiteren Rückgang sozialversicherungspflichtiger Jobs erwarten, liegt auf der Hand, dass Clement vor allem die Einweisung von jungen Menschen in Ein-Euro-Jobs plant.

Prompt melden sich die Interessenten an billiger und junger Arbeitskraft. Insbesondere im Handwerk, in der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst drohen Einbrüche durch Ein-Euro-Jobs.

So forderte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Martin Wansleben, schon in der ersten Januar-Ausgabe der „Bild am Sonntag“ „kreative Lösungen, um Arbeitslose in die Betriebe zu bringen.“ Alle privaten Betriebe, keineswegs nur „gemeinnützige“, sollten von der Agentur für Arbeit ALG-II-Bezieher wie Leiharbeitskräfte anfordern dürfen. Die Betroffenen sollten für diese Jobs zusätzlich zu ihrem ALG II nur 1 Euro pro Stunde erhalten. Die Agentur für Arbeit dagegen solle eine „marktgerechte Gebühr“ pro Job von 3 bis 4 Euro pro Stunde einstreichen und könne so im Ergebnis für die neue Sorte Leiharbeit sogar ihren Etat aufbessern. Das Ergebnis wäre eine Ausweitung von Ein-Euro-Jobs weit in bisher reguläre Beschäftigungsbereiche hinein. Der ohnehin zu befürchtenden Ersetzung regulärer Jobs durch Ein-Euro-Jobs wäre jede gesetzliche Schranke genommen. Die Regierungsparteien und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber wiesen den Vorstoß zurück. (Berliner Zeitung, 10.1.05)

Der zweite Vorstoß kommt aus Sachsen-Anhalt. Der Staatssekretär im dortigen Wirtschaftsministerium, Reiner Haseloff (CDU), kündigte an, ab März „eine hundert“ Langzeitarbeitslose in

einem Modellversuch im Landschafts- und Gartenbau einzusetzen. Die Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände (LVSA) von Sachsen-Anhalt, die ein entsprechendes Konzept erarbeitet, spricht sogar von einer „vierstelligen Zahl“, also mehr als tausend Ein-Euro-Jobbern, die in diesem Bereich eingesetzt werden sollen. Der Versuch sieht vor, dass private Gartenbauunternehmen die ALG-II-Bezieher aus einem „Beschäftigungspool“ heraus für Arbeiten wie z.B. Sportplatzbau, Parkpflege und Beseitigung von Wandschmierereien anfordern können. Der Staatssekretär behauptet, selbstverständlich werde die Auflage des Gesetzes beachtet, das solche Jobs nur für „zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende“ Arbeiten vorsieht. Politik und Sozialpartner sollten die Nutzung des Beschäftigungspools kontrollieren und „Missbrauch“ verhindern. Der Geschäftsführer des LVSA, Klaus Liedke, kann sich dagegen schon jetzt auch „kleinere Verputzarbeiten an Einfamilienhäusern“ vorstellen. Außerdem bestehe in der Chemie-Industrie Interesse an „Haus- und Hofarbeitern“ für Aufräumarbeit. (FAZ, 6.1.05)

Ein dritter Vorstoß hat sogar die Rückendeckung des Kanzleramts. Der Unternehmer Hans J. Heinrich, Verleger und Herausgeber von „Gesamtcatalog Museum“, will bis zu 20.000 Langzeitarbeitslose einsetzen, um die Bestände von Bibliotheken, Museen und Archiven digital zu erfassen. Eine „gemeinnützige Gesellschaft für digitale Dokumentation“ (Gedido) mit zehn Spezialisten hat er schon gegründet. Sie soll das Projekt steuern. Von der Kulturstatsministerin im Kanzleramt, Christina Weiss, hat er für sein Vorhaben schon öffentliche Rückendeckung erhalten. Auch die Stiftung Preussischer Kulturbesitz und „viele Museen“ sollen Interesse bekundet haben. (Berliner Zeitung, Spiegel-online, 4.1.05) Der Deutsche

Kulturrat, Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert dagegen die Ablehnung des Projekts durch die Bundesregierung. Die privaten Firmen, die bisher solche Arbeit anbieten, fürchten den Bankrott und laufen Sturm. (Berliner Zeitung, 8.1.05). Trotzdem scheint das Vorhaben nicht aussichtslos.

Aber auch andere Stimmen melden sich. Im „Handelsblatt“ vom 21. Januar fordert Alexander Spehrmann, Arbeitsmarktexperte des (eher konservativen) „Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW) in Mannheim, unter der Überschrift „Ein-Euro-Jobs führen in die Sackgasse“ eine Rückkehr zur bisherigen Praxis, bei der Parkfegen und andere unangenehme Arbeit als Strafe für „Arbeitsunwillige“ eingesetzt worden sei. Statt 1 Euro pro Stunde sollten Betroffene nur echte Mehrkosten erhalten, z.B. Fahrtkosten, so dass solche Jobs faktisch „Null-Euro-Jobs“ würden. Gleichzeitig sollen die Mehrverdienstregeln im Gesetz korrigiert werden. Der Mann fürchtet, dass andernfalls trotz steigendem sozialen Druck die Nachfrage von Arbeitslosen nach Minijobs und anderen schlecht bezahlten regulären Jobs in Folge der Ein-Euro-Jobs zurück geht.

Die im Gesetz errichtete Schranke – Ein-Euro-Jobs nur bei „gemeinnützigen“ Firmen und nur für „zusätzliche“ und im „öffentlichen Interesse“ liegende Arbeit – scheint so schon kurz nach Inkrafttreten von Hartz IV zur Sollbruchstelle zu werden, an der sich Befürworter einer staatlich subventionierten Ausweitung von Niedriglohnjobs abarbeiten. Dagegen opponieren Arbeitslose, Gewerkschaften und alle gewerblichen und akademischen Verfechter „regulärer“ Billigjobs. Ob diese Koalition reicht, um auch bei anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit eine Aufhebung weiterer Schranken gegen Ein-Euro-Jobs zu verhindern, darf bezweifelt werden. rül





Streik bei Degussa in Antwerpen. Der Streik, der am 19.1. in einer Abteilung begann, nachdem bekannt geworden, dass acht Leute – zwei je Schicht – wegrationalisiert werden sollen, weitete sich schnell auf den ganzen Betrieb aus. Für die 1.100 Beschäftigten war diese letzte Maßnahme der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Im letzten Jahr waren im Zuge einer Umstrukturierung Arbeitsplätze wegrationalisiert und Arbeitsprozesse enorm beschleunigt worden. Im Sommer hatte die Geschäftsführung mitgeteilt, dass in den nächsten Monaten im Bereich der Angestellten 90 von 480 Arbeitsplätzen gestrichen werden sollen. Einer der Gründe für den verschärften Druck sieht die Belegschaft in den Maßnahmen, mit denen in den Chemiebetrieben in Deutschland die Arbeitskraft verbilligt wird – etwa der Verlängerung der Arbeitszeit – und der dadurch verschärften Konkurrenz. Viele Beschäftigte fürchten, dass die Rationalisierungsmaßnahmen die Sicherheit gefährden. Denn Degussa ist ein so genannter Seveso-Betrieb, in dem mit außerordentlich giftigen Produkten gearbeitet wird. Die Streikenden fordern, dass die Schichten nicht weiter ausgedünnt werden und dass dies für mindestens zwei Jahre garantiert wird. Sie werden von Delegationen aus anderen Chemiebetrieben – BASF, Bayer, FHO, DRC, Gevaert unterstützt. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)

Nuriye Kesbir ist frei!



Die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir darf nicht an die Türkei ausgeliefert werden. Frau Kesbir hatte 2001 in den Niederlanden politisches Asyl beantragt und war sogleich festgenommen worden, weil ihr vorgeworfen wurde, an zahlreichen Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die Türkei beantragte ihre Auslieferung. Untere Instanzen lehnten die Auslieferung ab, aber der niederländische Justizminister betrieb das Auslieferungsverfahren und wurde am 7. Mai letzten Jahres von einem höheren Gericht bestätigt. Im November untersagte der Oberste Gerichtshof der Niederlande die vom Justizminister bestätigte Auslieferung; die vom Justizminister daraufhin angestrebte Revision wurde jetzt zurückgewiesen. Das höchste Gericht der Niederlande wies in der Begründung des Urteils darauf hin, dass die gesetzlichen Veränderungen sowie die Verpflichtungen zu rechtsstaatlichem Verfahren und der Abschaffung der Folter in der Tür-

kei unzureichend seien. Insbesondere kritisierte es die nach wie vor existente Folterpraxis in der Türkei. Nuriye Kesbir wurde unverzüglich aus der Auslieferungshaft entlassen. (Quelle: ISKU, Ceni)

Die Ukraine strebt in EU und Nato

Nach seinem Besuch in Moskau wird der neue ukrainische Präsident Juschtschenko Straßbourg und Brüssel besuchen, um die Absicht der Ukraine zu bekräftigen, EU und Nato beizutreten. Man habe bei der Wahl, so der zukünftige Europaminister Ribatschuk, die Option Osten oder Westen gehabt und sich für den Westen entschieden. Mitte Januar hatte sich als erste EU-Institution das Parlament mit großer Mehrheit für die Perspektive eines EU-Beitritts ausgesprochen. Die Kommission ist gegenwärtig noch etwas zurückhaltender. Jedoch haben der Außenbeauftragte des Ministerrats Solana und EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner in einem Brief eine Ausweitung des „Aktionsplanes“ angeboten, den die Kommission erst im Dezember im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik verabschiedet hatte (s. PB 26/27 und 1), u.a.

Visumserleichterung und den Abschluss eines Freihandelsabkommens. Außerdem solle der Termin für Gespräche über ein „noch ambitionierteres Folgeabkommen“ vorgezogen werden. Die NZZ berichtet, dass Polen und Litauen den Beitritt der Ukraine betreiben, während vor allem französische und deutsche Diplomaten mit Rücksicht wegen der Beziehungen zu Russland Zurückhaltung anmahnten. (Quelle: NZZ online, 23.1., DW 23.1.)

Russland: Rebellion der Rentner

Die Proteste von Rentnern in Russland reißen nicht ab. Zum 1.1. ist das Gesetz über die Umwandlung von Sozial- in Geldleistungen in Kraft. Rund 14 Millionen erhalten statt bisher kostenloser Leistungen, v.a. im öffentlichen Nahverkehr, Medikamente und andere Dienstleistungen, eine monatliche Pauschale zwischen 50 und 1.550 Rubel plus ein „Sozialpaket“ im Wert von 450 Rubel, das beides zusammen keinen angemessenen Ausgleich darstellt. Die Rentner sind allgemein außerordentlich niedrig. Protestaktionen finden seit Anfang Januar in zahlreichen Städten statt; in Chimki wurde eine Sondereinheit der Miliz eingesetzt, um eine fünfstündige Verkehrsblockade zu brechen. (Quelle: DZM)

Indonesien: Friedensgespräche für Aceh vereinbart

Noch im Januar wollen die indonesische Regierung und die für Unabhängigkeit kämpfenden Rebellen in der vom Seebeben zerstörten Provinz Aceh Friedensgespräche aufnehmen. Nach Angaben der Regierung soll zunächst ein Waffenstillstand ausgehandelt werden, Fernziel der Verhandlungen sei eine dauerhafte Autonomieregelung für die Provinz auf der Insel Sumatra. Dafür müssten die Rebellen jedoch ihre Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum fallen lassen. Forderungen und Verhandlungsziele der Bewegung Freies Aceh sind bisher nicht bekannt. Die Bewegung kämpft seit 1976 für die Unabhängigkeit der Provinz. Der im Dezember 2002 vereinbarte Waffenstillstand dauerte nur wenige Monate. Im Mai 2003 begannen die indonesischen Streitkräfte eine umfangreiche Offensive in Aceh. Es ist zu befürchten, dass Teile der Armee eine Verhandlungslösung sabotieren. So wurden nach Angaben des Generalstabschef Ryacudu, der als „Hardliner“ gilt, in den vier Wochen seit der großen Flut trotz eines Waffenstillstandes 208 Rebellen erschossen worden. „Wir waren gezwungen, diese Leute zu erschießen, weil sie die Sicherheit störten“, so der Generalstabschef. (Quelle: NZZ online, 23.1.)

Zusammenstellung. scc

BERLIN. Fällt das bisherige Verbot von Studiengebühren oder nicht? Darüber entscheidet am 26. Januar 2005 das Bundesverfassungsgericht. Die Studierenden bereiten sich auf alles vor: „Wir werden an den Hochschulen umgehend über die Urteilsentscheidung informieren“, kündigt Vorstandsmitglied Nele Hirsch des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) an. Wenn das Verbot fällt, finden an rund fünfzig Hochschulen Vollversammlungen und Informationsveranstaltungen statt. Hier soll unter anderem eine bundesweite Resolution verabschiedet werden. Dies ist eine Maßnahme, die rund 100 Studierende am 16.1.2005 auf dem bundesweiten Bildungs- und Protestforum in Frankfurt/Main berieten. „Wenn bis zum geplanten Streiktag in den ersten Bundesländern bereits Gebührenpläne direkt vor der Abstimmung stehen, wird der Streik sicher an mehreren Hochschulen fortgesetzt“, so heißt es weiter, „es ist durchaus vorstellbar, dass die nun geplanten Streik- und Protestaktionen noch größere Ausmaße annehmen werden als im Jahr 1997, in dem mehrere Hunderttausend Studierende dem akademischen Lehrbetrieb für zahlreiche Wochen fernblieben.“ In verschiedenen Bundesländern sind überregionale Demonstrationen zwischen dem 26.1. und 3.2. vorgesehen. Bild: Tausend rote Luftballons mit Argumenten gegen Studiengebühren gehen am 16.1. in Frankfurt in die Luft. Die GEW unterstützte die Aktion. www.fzs-online.org



Großdemo am 23.2. in Mainz und Aktionen gegen US-Kriegspolitik

MAINZ. Anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten George W. Bush in Deutschland wird es nicht nur in der Mainz, wo Bush Station macht, Massenproteste geben, sondern auch in vielen anderen Orten der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern. „Not Welcome, Mr. Bush!“, ist der Aufruf überschrieben, auf den sich die Friedensbewegung geeinigt hat. Zu diesem Ergebnis kam eine Aktionskonferenz, zu welcher der Bundesausschuss Friedensrat schlag am 22./23.1. nach Kassel eingeladen hatte. Während bei einem regionalen Treffen in Mainz zur selben Zeit die große Bush-Demo am 23. Februar vorbereitet wurde, berieten die Vertreter zahlreicher Friedensinitiativen und Organisationen in Kassel, wie der Protest gegen die US-Kriegspolitik im ganzen Land verbreitet werden könne. Die Versammlung beschloss, am 22. Februar, dem Tag, an dem Bush in Europa ankommt, landesweit zu Aktionen aufzurufen. Diese Aktionen sollen lautstark („Wir pfeifen auf Bush“) deutlich machen, dass der US-Präsident hier zu Lande und in Europa unerwünscht sei, solange er der Welt mit neuen Kriegen droht. Am Tag darauf wolle man dann die Großdemo in Mainz unterstützen.

Die Friedensaktivisten waren sich einig, dass die jüngsten militärischen Drohgebärden gegenüber dem Iran Ernst zu nehmen seien. Die US-Administration habe sowohl in ihrer Militärdoktrin vom „Präventivkrieg“ als auch in ihrer Praxis (Afghanistan, Irak) gezeigt, dass sie weder auf das Völkerrecht, noch auf die Vereinten Nationen oder auf ihre NATO-Bündnispartner Rücksicht nimmt, wenn sie ihre eigenen ökonomi-

schen und geostrategischen Interessen verfolgt. Gegen diese rohe Machtpolitik der USA müssten die Regierungen der Europäischen Union klipp und klar Nein sagen und sich jedem Hilfsersuchen der USA aktiv verweigern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen, welche die USA auf dem Schlachtfeld Irak entlasten, sofort einzustellen und dem US-Präsidenten die 2001 versicherte „uneingeschränkte Solidarität“ im sog. Kampf gegen den Terrorismus aufzukündigen.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Grüne Jugend fordert Einstellung des MEADS Rüstungsprojekts

BERLIN. Der Bundesverband GRÜNE JUGEND fordert in einem offenen Brief an Parteivorstand und Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Einstellung des Rüstungsprogramms MEADS und die Verwendung der Gelder zur Finanzierung von Südasien-Fluthilfe und für Entwicklungshilfe. Darin heißt es: „MEADS soll der Abwehr von Raketen mit einer Reichweite von bis zu 1000 Kilometern dienen. Ein solches System ist für die Landesverteidigung Deutschlands offensichtlich untauglich, ist Deutschland doch in einem solchen Radius nur von Freunden umgeben. Auch

bei Auslandseinsätzen sind die Hauptbedrohung nicht Langstreckenraketen, sondern Kleinwaffen und Artillerie. Auch die industriepolitischen Argumente für MEADS überzeugen uns nicht. Denn Entwicklung und Produktion des Systems werden nach unseren Informationen vor allem in den USA stattfinden, ein Technologietransfer findet in nur geringem Maße statt. Abgesehen davon kann Industriepolitik wohl kaum Grund für ein so teures Projekt sein. Für das Projekt werden eine Milliarde Euro an Entwicklungskosten und bis zu zwölf Milliarden Euro Beschaffungskosten benötigt. Gerade angesichts der aktuellen Flutkatastrophe in Südasien weisen wir nochmal darauf hin, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht das entwicklungspolitische absolute Mindestziel erfüllt, 0,33 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Entwicklungshilfe zu investieren. Die GRÜNE JUGEND glaubt, dass es grüner Frieden- und Haushaltspolitik gut anstehen würde, bei diesem Projekt die Reißleine zu ziehen. Raus aus der Entwicklung von MEADS – für eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die auf Solidarität und nachhaltige Entwicklung und nicht auf rüstungspolitische Prestigeprojekte setzt!“ www.gruene-jugend.de

Aktionsaufruf: 31. Januar ist Widerstandstag gegen ALG II-Bescheide

WUPPERTAL. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) und Tacheles e.V. rufen gemeinsam dazu auf, den 31. Januar zum Widerstandstag gegen die ALG II Bescheide zu machen, diesen vielfältig zu gestalten und insbe-



sondere gegen die häufig rechtswidrigen und nicht nachvollziehbaren Bescheide dringend noch Widerspruch einzulegen.

KOS, BAG-SHI und Tacheles schätzen, dass die überwiegende Mehrheit der Bescheide fehlerhaft und rechtswidrig ist. Die Beratungsstellen nehmen eine Fehlerquote von bis zu 90 % an. Vor allem bei Miet- und Heizkosten werde unzulässig gekürzt und bei der Anrechnung von Einkommen nicht alle Absetz- und Freibeträge berücksichtigt. Mancherorts würden leistungserhöhende Elemente, wie etwa der Mehrbedarf für Schwangere oder der Absetzbetrag für private Versicherungen in Höhe von 30 Euro systematisch in allen Bescheiden unterschlagen. Im Einzelfall kann es sich um mehrere hundert Euro zu wenig im Monat handeln. „Wer jetzt keinen Widerspruch einlegt, verschenkt unter Umständen bares Geld, das dringend zum Leben gebraucht wird“ so Frank Jäger von der BAG-SHI.

Für Bescheide, die noch im letzten Jahr verschickt wurden, endet die Widerspruchsfrist am 31.1.2005. Für in diesem Jahr erstellte Bescheide beginnt die Widerspruchsfrist von einem Monat mit dem Erhalt des Bescheides. Widersprüche müssen innerhalb der Frist bei der im Bescheid angegebenen, zuständigen Stelle eingegangen sein. KOS, BAG-SHI und Tacheles empfehlen Arbeitslosen, den Widerspruch in den nächsten Tagen persönlich bei den zuständigen Ämtern abzugeben und sich den Eingang bestätigen zu lassen.

www.tacheles-sozialhilfe.de

Hessische Sozialcharta am 19.1. an die Landesregierung übergeben

WIESBADEN. Vertreter des Bündnisses „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ haben der Landesregierung am 19. Januar in Wiesbaden die von 3.907 Einzelpersonen unterschriebene Hessische Sozialcharta übergeben. Damit will das Bündnis von mehr als 20 Verbänden und Initiativen aus ganz Hessen Grundlagen, Grundrechte und Orientierungen in Erinnerung rufen, die nach seiner Einschätzung für den Sozialstaat und seine Weiterentwicklung unverzichtbar sind. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Petra Fuhrmann, reagierte über die Übergabe so: „Die SPD-Landtagsfraktion steht hinter dem vom Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen initiierten und in der hessischen Sozialcharta formulierten Protest gegen die Kürzungen der Landesregierung im Sozialbereich und damit auch hinter der Mehrzahl der sozialen Verbände und Initiativen, die sich aktiv an dieser Unterschriftensammlung beteiligt haben. Der Sozialabbau ist falsch und schadet dem Land.“ Fuhrmann unterstrich den unsozialen Charakter der „Operation Düstere Zu-

kunft“, die zu Lasten der Arbeitnehmer, der Kranken, der Alten und sozial Schwachen gegangen sei. Die Landesregierung ignoriere weiter die Belastung der Kommunen und Wohlfahrtsverbände durch das so genannte „Sparpaket“ und versuche die berechtigte Kritik der sozialen Einrichtungen ständig herunterzuspielen. Fuhrmann forderte die Sozialministerin auf, den Protest endlich ernst zu nehmen und nicht, wie etwa bei der Vorstellung der Sozialcharta im September letzten Jahres, dem Bündnis vorzuwerfen, dass es „wider besseren Wissens ein Zerrbild“ zeichne. www.spd-fraktion-hessen.de

Thüringens Beratungsnetz für Sinnesbehinderte in Gefahr

ERFURT. Thüringens Paritätischer Wohlfahrtsverband und angeschlossene Verbände haben am 18.1. davor gewarnt, dass das ostdeutsche Bundesland „bei den Beratungsstellen für Sinnesbehinderte die Axt ansetzen und massiv einsparen“ will. „Dies würde bedeuten, dass Blinde, Sehbehinderte, Schwerhörige und Gehörlose völlig allein gelassen und in die soziale Isolation getrieben würden“, erklärten die Verbände in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

In ihren überregionalen Beratungsstellen informieren die Verbände die Betroffenen über den Umgang mit der Behinderung, informieren über Hilfsmittel oder Kurse, mit der Einschränkung umzugehen. Ein großer Teil der Arbeit wird ehrenamtlich geleistet, doch ohne hauptamtliche Unterstützung ist das nicht möglich. Jetzt will das Land die Förderung um rund 30 – 50 Prozent herunterfahren. Betroffen wären davon beispielsweise die Gebärdensprachdolmetscher des Landesverbandes der Gehörlosen. Wegen der Finanzsituation steht das Hörmobil bereits in der Garage. Der Blinden- und Sehbehindertenverband muss über Schließung seiner Beratungsstellen nachdenken.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen und die angeschlossenen Verbände fordern die politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung für alle gesellschaftlichen Gruppen nachzukommen und die „im wahrsten Sinne lebenswichtige Beratungsarbeit“ zu erhalten. www2.rehacare.de

33. Jahrestag des Radikalerlasses – Demonstration in Heidelberg

HEIDELBERG. Anlässlich des 33. Jahrestags des Radikalerlasses ruft das Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot zu einer Kundgebung unter dem Motto „Gegen Obrigkeitsstaat und Gesinnungsschnüffelei – Demokratie braucht Veränderung!“ auf. Die Kundgebung findet am Samstag, 29.1. um 14 Uhr in Heidelberg auf dem Bismarckplatz statt. Sprechen werden u. a. Har-

ry Sievert (DGB) sowie ein Vertreter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA).

www.gegen-berufsverbote.de

Auf der Grünen Woche: Attac und FIAN für eine globale Agrarwende

BERLIN. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac und die Menschenrechtsorganisation FIAN haben bei der Eröffnungsfeier der Grünen Woche am 20.1.2005 in Berlin die Position der Bundesregierung in den Agrarverhandlungen der Welthandelsorganisation WTO kritisiert. „WTO macht Hunger“ war auf einem Banner und auf Papptellern zu lesen, die während der Rede von Landwirtschaftsministerin Renate Künast durch den Saal flogen. „Hierzulande preist Renate Künast die Agrarwende, doch auf internationaler Ebene unterstützt sie die knallharte Liberalisierungspolitik der WTO“, sagte Christiana Schuler von der Attac-Arbeitsgruppe Agrarnetz. Dies bedrohe die Kleinbauern und -bäuerinnen im Süden. Schuler: „Die WTO-Politik verschärft die Hungerkrise in diesen Ländern, anstatt sie zu bekämpfen.“



Gemeinsam mit Bewegungen in Nord und Süd treten Attac und FIAN für das Konzept der Ernährungssouveränität ein. Es meint das Recht jeder Gemeinschaft auf eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik – den eigenen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen entsprechend. In diesem Sinne fordern beide Organisationen die Bundesregierung und EU zur globalen Agrarwende auf. „Mit 852 Millionen hat die Anzahl der Hungernden in diesem Jahr einen traurigen Höhepunkt erreicht. Es hat sich deutlich gezeigt, dass ohne globale Agrarwende alle Bemühungen zur Bekämpfung des Hungers zum Scheitern verurteilt sind“, sagte Armin Paasch. www.attac.de

Zusammenstellung: baf

Programm gegen Rechtstextremismus beantragt

Antrag in die Sitzung der Regionsversammlung am 15. Februar 2005. Die Regionsversammlung möge beschließen:

Die Region Hannover initiiert ab Januar 2005 ein „Programm gegen Rechtsextremismus in der Region Hannover“, um für eine tolerante und antirassistische Region Hannover zu streiten. Folgende Kernpunkte werden beschlossen: 1. Die Region Hannover richtet eine Stelle zur Beobachtung und Bekämpfung neofaschistischer Aktivitäten ein. Es wird eine Zusammenarbeit mit antirassistischen Initiativen angestrebt. 2. Die Region richtet einen „Runden Tisch gegen Neonazis in der Region“ ein. Hierzu werden Schulvertreter, Kulturschaffende, Sozialinitiativen und antifaschistische Organisationen eingeladen. Dies geschieht in Kooperation mit der LHH. 3. Die Region beschließt eine Liste mit Hintergrundinformationen aller vor Ort arbeitenden Neonaziorganisationen zu erarbeiten und regelmäßig zu veröffentlichen, u.a. auf der Homepage der Region. 4. Zur Unterstützung antifaschistischer Arbeit werden jährlich die besten Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus durch den Regionspräsidenten prämiert. Dazu

werden 5.000 Euro zur Verfügung gestellt. 5. Die Region organisiert eine Kampagne gegen Rassismus und Antisemitismus an den Schulen der Region („Schule ohne Rassismus“). Dazu sollten Mittel der EU, des Bundes und des Landes beantragt werden. 6. Die Region intensiviert die Dokumentation über die Zeit des NS-Faschismus und lädt Initiativen und Historiker ein, Dokumentationen zu erstellen.

Begründung: Die Zunahme des Rechtsextremismus ist besorgniserregend. Auch in der Region Hannover treiben Neonazis ihr Unwesen. Verwiesen sei nur auf die Naziaufmärsche in Barsinghausen und der Stadt Hannover. Alle demokratischen Verbände und Institutionen sind aufgerufen, sich Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz entgegenzustellen. In diesem Sinne kommt der Region Hannover eine wichtige Rolle zu, Aktivitäten zu unterstützen und zusammenzuführen. Es geht hierbei um ein Querschnittsthema, was sowohl Naziideologien bekämpfen muss als auch soziale Ursachen im Blick haben soll.

Gudrun Lappé, Fraktionsvorsitzende
f.d.R. Heike Spieker
<http://sozialisten.de/politik/kommunal>

„Für eine demokratische Informations- und Lernkultur

Strategien gegen Rechtsextremismus

Konferenz „Für eine demokratische Informations- und Lernkultur“ stellt drei Studien über TV-Berichterstattung sowie Kinder- und Schulerziehung gegen Rechtsextremismus vor

BERLIN, 10.12.2004. Um die Demokratie und den sozialen Frieden zu bewahren, reicht es nicht aus, verbal gegen Rechtsradikale zu protestieren. Drei neue Untersuchungen des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung zeigen: Das Fernsehen muss seine Berichterstattung ändern, Schulen müssen die Achtung der Menschenrechte vermitteln, und bei der Erziehung von Kindern sollten soziale und emotionale Kompetenzen früher gefördert werden.

Zum Thema „Fernsehen und Rechtsextremismus“ stellt eine Studie von ARD und ZDF fest, dass öffentlich-rechtliche Sender umfassend und kontinuierlich über Rechtsextremismus berichten. Doch die Darstellung ist häufig kontraproduktiv. Emotionalisierung, verkürzte Argumentation und übermäßiger Einsatz von Archivbildern verhindern eine sachliche Auseinandersetzung. Die Autoren geben praktische Ratschläge, was TV-Redakteure künftig besser machen können.

Weiterhin beschäftigt sich die Konferenz mit dem Thema „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“. Schulerziehung gegen Rechtsextremismus darf sich nicht auf Geschichtsstunden über die NS-Zeit beschränken, fordern Forscher der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Der Unterricht solle durchgängig eine Antidiskriminierungs-Perspektive einnehmen. Lehrpläne, Lerninhalte und Lehrerfortbildung müssten konsequent an der für alle Bürger verpflichtenden Achtung der Menschenrechte ausgerichtet sein.

Darüber hinaus befassen sich die Experten mit „Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz“. Rechtsextreme Einstellungen entstünden bei Heranwachsenden im Wechselspiel von individuellem Temperament und Sozialisation, betonen Jugendforscher der Universität München. Eine Erziehung, die gegen Rassismus und Gewalt wirken wolle, solle so früh wie möglich ansetzen: Toleranzförderung müsse schon im Kindergarten beginnen.

Ausführliche Dokumentation: www.bertelsmann-stiftung.de. Die Studien werden überdies dokumentiert in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 1: Ergebnisse der Recherche. Verlag Bertelsmann Stiftung (erscheint im Januar 2005).

Die Extreme Rechte und die Mitte

Was einer Verbotskampagne

Nach den breiten Protesten blieb die PDS mit ihrer Forderung nach einem neuerlichen Anlauf zum Verbot der NPD allein. Stattdessen heißt es, sei die geistige Auseinandersetzung zu suchen. Schon. Aber wo bleibt sie?

Gegen die Lügenkampagne, mit der die Faschisten vor Jahren versuchten, den Holocaust zu leugnen, bildete sich eine öffentliche Meinung, die ein Gesetz tragen konnte. So weit ist es aber keineswegs bei allen Themen, die von neuen Faschisten mit dem Ziel gepflegt werden, Anschluss an die Nazipolitik zu haben. Konkret geht es um die Interpretation des Bombenkrieges der Briten und US-Amerikaner, des Vormarsches der Roten Armee und ihres Besatzungsregimes sowie um Flucht, Vertreibung und Umsiedlung – alles Punkte, die der Mainstream in der BRD gerade neu verarbeitet.

Nachdem es weltweit humanistischer Konsens geworden ist, dass nur das Schicksal der wirklichen Menschen den Maßstab liefert, an dem politische Strategien zu messen sind, entwickelte sich die Methode, geschichtliche Ereignisse auf das persönlich erlebte Unglück reduziert darzustellen. Das Fernsehen ist voll davon. Nähren diese Dokumentationen, Filme, Bildbände usw. den Abscheu vor dem Irrwitz des Krieges und werden deswegen unter humanistischen Aspekten geschätzt, wird inzwischen immer deutlicher, dass so kein Zugang zum Verständnis der Ursachen jener Konflikte gefunden werden kann. Sie verleiten sogar zu dem Kurzschluss, dass die Taten aller Beteiligten gleich verwerflich gewesen seien, eben weil sie dasselbe Leid verursachten. Die meinungsbildende Mitte in der BRD ist auf diesem abschüssigen Pfad schon ziemlich weit abgerutscht. Das ist der Boden auf dem die Propaganda der NPD wuchert, die spezifische Kriegsverbrechen der NS-Herrschaft in einer Landschaft von Kriegsgräueln verbergen will. Warum wehren die Meinungs- und Wissenschaftsmacher das nicht ab? Solange man vor allem den Sonderverdacht loswerden will, der nach der Erfahrung des Faschismus auf deutschem Staatshandeln ruht, lähmt das die analytische Auseinandersetzung mit den Ereignissen, die zum Kriegsende führten.

So ist es bis weit hin in die Linke nicht einfach, über die Gründe zu sprechen, die zum Bombenkrieg führten. Dabei hatte der Kriegsverlauf gezeigt, dass die Hitler-Truppen, obwohl in strategisch aussichtsloser Lage, aus den Ballungsräumen heraus den Alliierten Truppen noch schwerste Verluste zufügen konnten. Das zeigte sich im Westen bei der Ardennenoffensive, das zeigte sich im

ne vorausgehen sollte

Osten, wo sich die Nazitruppen in und vor großen Städten festzuklammern vermochten, beispielhaft Breslau, Königsberg und am Ende Berlin, die schließlich im Sturm und unter großen Opfern der Roten Armee genommen werden mussten.

Das Konglomerat aus Nazi-Organisationen und Wehrmacht, das an den Fronten politische Macht ausübte, war nicht zur Kapitulation bereit. Grund dafür war nicht nur die Angst vor Strafe, sondern die immer und immer wieder beschworene Hoffnung, es möge zu einem Zerwürfnis zwischen den Westalliierten und Sowjetrußland kommen, in dem Nazideutschland eine Rolle spielen könnte.

Die Soldaten der Roten Armee, die auf einer von den Nazis gezogenen Spur von Terror und Vernichtung bis an die Grenze des Reichs gekommen waren, mochten hoffen, dass der grausame Krieg nun ein Ende habe, und sie, die überlebt hatten, leben dürften. Die Gegenwehr konfrontierte sie neuerlich mit dem Tod, und das in einem Krieg, der im Grund vorbei war. Viele Soldaten verloren das seelische Gleichgewicht. Die Rote Armee hatte Schwierigkeiten, die Disziplin aufrecht zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Es kam zu Vergewaltigungen und Gräueltaten.

Ausgangspunkt dieser Leiden ist jedoch das spezifische Kriegsverbrechen, das darin liegt, in einer strategisch aussichtslosen Situation nicht zu kapitulieren, sondern zu kämpfen wie jemand, dem es nur noch darum zu tun ist, andere mit in den Tod zu reißen.

Schließlich die Ordnung der Grenzen und Siedlungsräume in Europa. Hier lastet man den Alliierten die Absicht der ethnischen Säuberung an. Nicht begriffen wird, dass die Welt, besonders die Nachbargesellschaften in Osten, nicht mehr mit dem Risiko einer großdeutsch-völkischen, mit Inanspruchnahme von Minderheiten operierenden Politik leben konnten. Dieses Bündel von Traditionen und Ansprüchen zu dekonstruieren, ist ungelöste Aufgabe des Meinungstreits im deutschen Kulturkreis bis zum heutigen Tage.

Weigert sich die bundesdeutsche Gesellschaft, die geschichtlichen Ereignisse mit kühlem Blick zu betrachten und zu analysieren, die Folge welcher politischen Ursachen das individuell erlebte und erlittene Leid war, schafft sie Stoffe, die neue Nazipolitik ausspielen kann. Anders: Wird eine solche Kritik geführt, dann würde sich daraus eine Einsicht in notwendige Selbstbeschränkung deutschen Staatswesens ergeben, die dem Frieden dienlich wäre.

maf

Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen NPD notwendig

Zu der Diskussion um ein mögliches neues Verbotsverfahren gegen die NPD und zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft, gegen NPD-Abgeordnete aus Statusgründen nicht wegen Volksverhetzung zu ermitteln, erklärt der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch:

Wie erwartet sind die NPD-Abgeordneten durch das freie Abgeordnetenmandat vor Strafverfolgung wegen ihrer Parlamentsreden weitgehend geschützt. Das ändert aber nichts an der unzweifelhaften Zielrichtung dieser Fraktion: Die NPD tritt mit ihren Reden im Sächsischen Landtag ganz offen als Parteigänger von Faschismus und Nationalsozialismus auf. Das Grundgesetz verankert den Grundkonsens, dass jedes Unternehmen, das in Programm und Aktion das Wiederaufleben der Politik, die zum „Dritten Reich“ mit Völkermord und Weltkrieg führte, zum Ziel hat, verfassungswidrig ist. Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD ist ausschließlich am Einsatz von V-Leuten in den Führungsetagen der Partei gescheitert.

Diesmal geht es um öffentliche Parlamentsauftritte gewählter NPD-Abgeordneter, da liegen die Verfassungswidrigkeit und der Absender offen zu Tage, und niemand wird ernsthaft unterstellen, diese Auftritte seien von einem Ge-

heimdienst gesteuert worden. Daher sollte an die Stelle einer mutmaßlich fruchtlosen juristischen Auseinandersetzung mit einzelnen NPD-Abgeordneten die Einleitung eines besser vorbereiteten erneuten Verbotsverfahrens unter Berücksichtigung des von der NPD-Fraktion selbst produzierten Materials, insbesondere ihrer Reden, ernsthaft geprüft werden. Erwartungen in diese Richtung werden auch auf internationaler Ebene von der OSZE geäußert.

Ein mögliches neues Verbotsverfahren, dessen Prüfung ich bereits am Freitag angeregt habe, enthebt uns nicht der politischen Auseinandersetzung mit den Nazis, im Gegenteil, beides muss Hand in Hand stattfinden. Daher begrüße ich den antifaschistischen Grundkonsens, zu dem die Fraktionen von CDU, PDS, SPD, FDP und GRÜNEN im Sächsischen Landtag gefunden haben. Daran anknüpfend werde ich mich um eine gemeinsame Initiative gegenüber dem Bundesinnenminister mit dem Ziel der Prüfung eines erneuten Verbotsverfahrens gegen die NPD bemühen. Die bisher bekannt gewordenen Äußerungen des sächsischen Ministerpräsidenten zu dieser Frage betrachte ich als ein ermutigendes Zeichen.

PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag,
Postfach 120905, 01008 Dresden.
e-mail: Marcel.Braumann@slt.sachsen.de.
web: <http://pdsfraktion-sachsen.de>

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND Körperschaft des öffentlichen Rechts

Braunes Gedankengut wieder salonfähig?

Stellungnahme des Zentralrats der Juden zu den Äußerungen des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel, der am 21. Januar 2005 vor dem sächsischen Landtag folgendes gesagt hat: „Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933.“

Die Leiden der Dresdner Zivilbevölkerung – und nicht nur hier – durch den Bomben-Krieg waren furchtbar und sind wie alle unschuldigen Opfer des Krieges nicht zu rechtfertigen. Allerdings darf man Ursache und Wirkung im Zweiten Weltkrieg nicht außer Betracht lassen. Für die Äußerungen der beiden NPD-Abgeordneten gibt es weder eine Rechtfertigung noch eine Entschuldigung. Die Bombenangriffe mit dem Holocaust in Beziehung zu setzen, ist eine perfide Relativierung auf Kosten sämtlicher Opfer. Dieser Eklat ist eine weitere Provokation an die Adresse der etablierten Parteien und aller De-

mokraten – über Sachsen hinaus. Was müssen wir uns noch alles in diesem Land gefallen lassen, müssen, bevor die Schmerzgrenze erreicht ist und Abwehrreaktionen einsetzen. Antisemitisches und fremdenfeindliches Gedankengut sind längst wieder salonfähig geworden und haben durch den Einzug der NPD in das Landesparlament von Sachsen und der DVU in Brandenburg eine traurige Bestätigung gefunden. 60 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz und der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur ist dies eine Bankrotterklärung der Politik. Es muss endlich eine politische Auseinandersetzung mit der Fratze des Antisemitismus im 21. Jahrhundert stattfinden. Verbote, Mahnmale und Symposien allein nützen wenig. Das Problem muss von jedem Einzelnen persönlich ernst genommen werden. Umfassende Bildungsmaßnahmen und eine aktive politische Auseinandersetzung sind längst überfällig.

Berlin, 21.1.2005, www.zentralratjuden.de

Präsident der internationalen Friedensorganisation „Mayors for Peace“ in Berlin

BERLIN. Am 20. und 21. Januar 2005 kam der Präsident der internationalen Friedensorganisation „Mayors for Peace“, Bürgermeister Tadatashi Akiba von Hiroshima, auf Einladung der IPPNW nach Berlin und warb für die Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“.

Die japanische Delegation bestand aus vier Mitgliedern: dem Bürgermeister Tadatashi Akiba, dem Vorsitzenden des Stadtparlaments Hiroshimas Tadamas Asao und ihren beiden Assistenten. Die Delegation war vom Unterausschuss Rüstungskontrolle und Abrüstung zunächst zum Abendessen eingeladen. Auch der Bürgermeister von Mutlangen war dabei sowie Xanthe Hall von der IPPNW und ein Mitglied des Schülerprojekts „Aktion Völkerrecht“, Felix Fellmer. Einige Bundestagsabgeordnete von SPD, CSU und Bündnis 90/Die Grünen diskutierten intensiv über die Zukunft des Atomwaffensperrvertrags und die deutsche Position dazu. Uta Zapf, Vorsitzende des Unterausschusses, erzählte, sie sei begeistert, im Internet zu entdecken, dass bereits zwei Bürgermeister in ihrem Wahlkreis bei der Kampagne mitmachen und habe entschieden, bei allen anderen Bürgermeistern im Wahlkreis für die Sache zu werben.

Gleich am nächsten Morgen ging es mit einem Fototermin der „Aktion Völkerrecht“ vor dem Berliner Rathaus los. Eine Gruppe von SchülerInnen aus Heidelberg überreichte eine „Keimzelle“ des Schutzwalls für das Völkerrecht an Berliner Studierende und Jugendliche, so dass ein Berliner Teil des Schutzwalls aufgebaut werden kann. Der fertige Schutzwall wird im Mai nach New York geschickt und mit Teilen aus aller Welt als Ausdruck des Willens der Weltbevölkerung zusammengebaut werden. Überraschenderweise kam die Entwicklungsministerin Heide Wiecek-Zeul vorbei. Sie sprach ein Paar Minuten mit dem Bürgermeister und unterzeichnete einen Baustein für den „Schutzwall“.

Bei der anschließenden Pressekonferenz stellte Bürgermeister Akiba der Presse seine weltweite Bürgermeister-Kampagne „2020Vision“ vor. Der Hannoveraner Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg klärte über die deutschen Bürgermeister für den Frieden (zur Zeit fast 190) und ihre Forderungen auf. Der Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der nuklearen Teilhabe sei wichtig für die Zukunft des Atomwaffensperrvertrags, erklärte Stephan Kolb, Vorsit-

zender der IPPNW, für den Kampagnenrat. Der Trägerkreis koordiniert die Arbeit in Deutschland für die Abschaffung aller Atomwaffen und hat einen Kampagnenrat eingerichtet, um die Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“ zu realisieren. Die IPPNW spielt eine wichtige Rolle im Kampagnenrat und die Kampagne wird von vielen IPPNW-Regionalgruppen und Einzelmitgliedern unterstützt.

Nach einem Mittagessen auf Einladung des Präsidenten der Technischen Fachhochschule mit Studierenden des „Hiroshima/Nagasaki Peace Study Course“ besuchte die Delegation den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhaus und ehemaligen Oberbürgermeister von Berlin Walter Momper.



Bild: Bürgermeister Akiba mit Heide Wiecek-Zeul vor dem „Schutzwall“ der Aktion Völkerrecht. Er wurde 2003 angesichts des drohenden Irak-Krieges von Heidelberger Schülerinnen und Schülern begonnen und im Mai 2004 unter dem Eindruck von persönlichen Gesprächen der Schüler mit Überlebenden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie den Bürgermeistern der beiden Städte um die Verpflichtung zur weltweiten atomaren Abrüstung erweitert. Er umfasst mittlerweile mehr als 20.000 Bausteine und ist damit rund 80 m lang. Die Teilstücke aus aller Welt werden im Mai 2005 in New York zusammengeführt und bei einem großen Friedensfest im Central Park als DENK-mal-VÖLKERRECHT aufgebaut. Sie manifestieren für die Dauer der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags den Willen der Menschen für eine atomwaffenfreie Welt. Zum Jahrestag der Atombombenkatastrophe reist der komplette Schutzwall weiter nach Hiroshima und Nagasaki und wird am jeweiligen Ground Zero zur weltweiten atomaren Abrüstung mahnen.

Bürgermeister Akiba lud Walter Momper ein, Mitglied der internationalen Bürgermeisterdelegation zu werden und mit ihm im Mai nach New York zu reisen, um sich für die Abrüstung einzusetzen. Berlins jetziger Oberbürgermeister Klaus Wowereit hatte ihm erst einmal eine Absage erteilt. 10 weitere deutsche Bürgermeister haben ihre Interesse gemeldet, an der internationalen Delegation teilzunehmen. Walter Momper hat bereits zugesagt, am 11. März beim Treffen der deutschen Bürgermeister für den Frieden in Berlin ein Grußwort zu geben. Zu diesem Treffen werden etwa 30 Bürgermeister erwartet.

Am späten Nachmittag fand ein Gespräch im Auswärtigen Amt mit Staatsministerin Kerstin Müller statt. Ein Mitarbeiter des Referats für Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung (die Abteilung hat nicht „Abrüstung“ in ihrem Titel), das inhaltlich mit dem Thema sehr versiert ist, nahm ebenfalls an dem Gespräch teil. Müller begrüßte die Kampagne, weil sie Druck auf die Verhandlungen ausübt und eine besondere Auswirkung auf die Debatte haben wird durch die Leitung von Akiba. Sie erklärte, dass Deutschland sich verpflichtet fühlt, die Abschaffung aller Atomwaffen zu erreichen. Diese bleibt eine Priorität für die Regierung, wobei das Jahr 2020 ein „ehrgeiziges Ziel“ sei. Stephan Kolb forderte die Beendigung der nuklearen Teilhabe und den Abzug der überflüssigen und veralteten Atomwaffen aus Deutschland, die seit Ende des Kalten Krieges übrig geblieben sind. Müller war jedoch der Meinung, dass Deutschland „nicht das Problem“ sei. Frau Regina Hagen vom Internationalen Netzwerk der Wissenschaftler und Ingenieure schlug vor, dass die Regierungsdelegation in New York ein Mitglied aus den Reihen der NGOs aufnehmen sollte. Diese Idee wurde positiv aufgenommen.

Zum Schluss gab es ein Essen im Restaurant Gugelhof, wo der Kampagnenrat und IPPNW-Mitglieder mit der japanischen Delegation in Ruhe über den Tag und auch die Zukunft der Kampagne reden konnten.

Professor Eichhorn vom Deutsch-Japanischen Friedensforum hat wichtige Post nach Hiroshima mitgenommen: Berlins Oberbürgermeister Klaus Wowereit schrieb eine Grußbotschaft an Tadatashi Akiba. Die Botschaft bekräftigt seine Unterstützung für „Mayors for Peace“ und weist auf seine Schirmherrschaft des „Hiroshima-Nagasaki Peace Study Course“ an der Technischen Fachhochschule in Berlin hin.

Weitere Berichte, Bilder, Hintergrundinformationen und Termine in der Homepage: www.atomwaffenfrei.de

Am 14./15. Januar 2005 tagte in Stuttgart zum sechsten Mal die Gewerkschaftslinker, eine inzwischen feststehende Einrichtung, die sich in den letzten Jahren parallel mit den zunehmenden Durchsetzungsschwierigkeiten der DGB-Gewerkschaften herausgebildet hat. Die Gewerkschaftslinker ist personell und ideell eng mit der Wahlalternativen WASG verflochten, die sich letzte Woche in Göttingen als bundesweite Partei gründete.

Die Abschlusserklärung der Tagung liegt noch nicht vor, in einem Bericht in der Jungen Welt berichtet Daniel Behruzzi, dass der Kongress dazu aufgerufen habe, in allen Orten Gruppen und Foren zu bilden und zu stärken, Veranstaltungen

durchzuführen und für eine Wende der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen. Der Vorschlag, in den nächsten Monaten einen weiteren Kongress abzuhalten, um eine programmatische Plattform zu erstellen und über die Stärkung der Strukturen zu diskutieren, sei angenommen worden. Inhaltliche Schwerpunkte soll einer Resolution zufolge der Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerung und das Eintreten für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie die Forderung nach einem Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde sein.

Es ist nicht denkbar, dass die dort versammelten erfahrenen Gewerkschafts-

rinnen und Gewerkschaften davon ausgehen, dass solche Forderungen durchzusetzen seien. Es ist ja auch von „eintreten für“ und „fordern“ die Rede, diese Punkte sind also eher als politische Richtungsangabe zu verstehen.

Bernd Riexinger, einer der Initiatoren der Bewegung und auch bei der WASG aktiv, sagt in einem Vorbereitungsblatt zum Kongress dann auch, dass es darum gehe, eine „geistig-politische Krise der Gewerkschaften“ zu überwinden, er fordert ein Programm, oder zumindest Ansätze dazu, „das auf der politisch-geistigen Ebene aus der Defensive herausführt“. Wir dokumentieren diesen Text und verweisen darüber hinaus auf www.labournet.de/GewLinke/vers/kongress

Dokumente vom und zum 6. Kongress der Gewerkschaftslinken am 14./15.1.2005 in Stuttgart

Bernd Riexinger im netzwerk-Info-4/04:

Gewerkschaften 2004: – Nach Großkundgebungen schlimmster Rückfall –

Nach den nicht ganz freiwilligen Großkundgebungen am 3. April gegen Sozialabbau hatte es für kurze Zeit den Anschein, dass die Gewerkschaften als ernstzunehmende politische Kraft wieder in Erscheinung treten. Gutgläubige hofften sogar, dass jetzt der Schwer-

punkt auf außerparlamentarische Mobilisierung gelegt wird, und die Einsicht wächst, dass der verschärfte Klassenkampf von Oben nicht mit Jammern und Zurückweichen von Unten beantwortet werden kann. Offensichtlich ist jedoch die geistig-politische Krise der Gewerkschaften so groß, dass sie nicht in der Lage sind, auch nur annähernd angemessen auf die Kapitaloffensive zu reagieren.

Nach dem 3. April verschärften die Arbeitgeberverbände ihre Angriffe auf die Gewerkschaften. War es mit der Agenda 2010 gelungen, erfolgreich die Axt an die Säulen unserer Sozialsysteme zu legen, wurden nunmehr die Tarifverträge ins Visier genommen. Die Arbeitszeit bildet das Einfallstor. Angestrebt werden jedoch Lohn- und Gehaltskostenabsenkungen von 20 bis 30%, was verschiedene Verbandsvertre-



„Neue Kämpfe erfordern eine neue Vernetzung“ – Bericht von Hans-Gerd Öfinger im ND

Nur 100 hatten sich angemeldet, doch 350 waren nach Angaben der Veranstalter aus allen Himmelsrichtungen nach Stuttgart zur 6. Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am Wochenende angereist.

Während Merkel und Westerwelle die Gewerkschaften als Institution nachhaltig schwächen wollten, wollen die Bundesregierung die Gewerkschaften für ein aktives Co-Management beim Sozialabbau gewinnen, kritisierte Werner Sauerborn vom ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg. Eine wenn auch nicht risikolose Alternative hierzu liege in gewerkschaftlicher Autonomie und einer Loslösung von „Rot-Grün“. „Die Gewerkschaftsführung hat die Mobilisierungschance, die sich nach den Massendemonstrationen gegen sozialen Kahlschlag oder betrieblichen Kämpfen mit hoher Ausstrahlungskraft geboten hat, nicht genutzt“, kritisierte Tom Adler, Betriebsrat bei Daimler Chrysler in Stuttgart. Es sei entscheidend, ob und wie die Führung handelt, wenn Massendruck und Widerstand entsteht. So hätten die Großdemonstrationen am 3. April 2004 wie auch die Kämpfe um Daimler Chrysler und Opel vielen Gewerkschaftern Hoffnung gemacht. An-

gesichts breiter Unzufriedenheit mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lande sei es gerade zu dramatisch, dass keine Kraft im Lande dazu im Stande sei, dies aufzugreifen und etwas daraus zu machen.

„Sechs Tage Proteste haben nicht gereicht, um Jahrzehnte der Entpolitisierung zu kompensieren“, stellte Wolfgang Schaumburg, langjähriger Opel-Betriebsrat aus Bochum, fest. Er bemängelte eine Entmündigung der Belegschaft, die nicht mehr über die Restrukturierungsvereinbarung mit General Motors abstimmen durfte, wobei auch die starke Minderheit im Betriebsrat, die die Vereinbarung abgelehnt habe, zu dieser Entmündigung beigetragen habe.

Die Parole „raus aus der IG Metall“ sei wenig zukunftsträchtig, aber drin bleiben mache nur Sinn, wenn man sich nicht mehr alles gefallen lasse. Schaumburg sprach sich für eine offensive Herangehensweise an die Frage der Arbeitszeitverkürzung aus. Bei Heranziehung aller Arbeitswilligen, Ausschöpfung von Einsparpotenzialen und gesamtgesellschaftlicher Planung sei ohne weiteres ein 4-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich für alle möglich.

„Neue Kämpfe erfordern eine neue

Vernetzung“, unterstrich der Wiesbadener Betriebsrat und Metaller Jakob Schäfer. Wenn die Gewerkschaftsapparate die neoliberalen Argumente schluckten und aufblühende Belegschaftskämpfe isolierten und abwürgten, dann müsse die Gewerkschaftslinker auf allen Ebenen und in allen Gewerkschaften konsequent einen Gegenpol schaffen. Hierzu seien zentrale, aktuelle Stellungnahmen zu wichtigen Ereignissen ebenso notwendig wie regelmäßig erscheinende Infos für aktive Gewerkschafter, ein repräsentativerer Arbeitsausschuss, ein stärkeres Sekretariat und vor allem örtliche Strukturen als Unterbau. Eine solche kämpferische Alternative müsse für alle engagierten Gewerkschafter offen sein und dürfe nicht ausgrenzen. Dass die Impulse der Gewerkschaftslinken doch etwas bewirken können, unterstrich abschließend Bernd Riexinger, Bezirksgeschäftsführer der Gewerkschaft ver.di in Stuttgart und ein Hauptredner auf der Demonstration gegen Sozialkahlschlag am 1. November 2003, zu der ohne Unterstützung der bundesweiten Gewerkschaftsapparate 100 000 Menschen nach Berlin gekommen waren: „Ohne den 1.11.03 hätten die DGB-Großdemos am 3.4.2.04 niemals stattgefunden.“

→ ter (Hundt) oder auch öffentliche Arbeitgebervertreter völlig offen ausprechen.

Die m.E. abgesprochene Strategie war äußerst erfolgreich. In mehreren Konzernen sollten Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften erpresst werden, um Zugeständnisse und insbesondere die Öffnung der Tarifverträge zu erzwingen. Siemens bildete den Anfang. Entscheidend war jedoch DaimlerChrysler. Egal wie die unterschiedlichen Akteure das Ergebnis bewerteten: Das Daimler-Management hatte 500 Millionen in einem profitträchtigen Unternehmen gewollt und hatte sie in der absoluten Hochburg der IGM bekommen. So war und ist zumindest die öffentliche Wahrnehmung. Die Folgen sind bekannt: Opel, VW, Karstadt und hunderte weiterer Unternehmen, die ähnliches versuchen. Das Kapital ist ermuntert, diese Strategie weiter zu verfolgen und je nach Lage zu verschärfen.

Die Löcher, die peu a peu in die Tarif-



verträge gerissen werden, ähneln immer mehr dem Bild von einem Schweizer Käse. Das Schlimme ist nicht so sehr, dass solche oder ähnliche Regelungen geschlossen werden (das gab es schon immer). Viel schlimmer ist, dass nicht ein einziger Versuch gemacht wurde, überbetriebliche Solidarität zu organisieren. Jeden Betrieb/Konzern mit den Erpressungen der Gegenseite alleine fertig werden zu lassen, ist wirklich ein komplettes Versagen der Gewerk-

schaftsführungen. Denkbare ist durchaus, dass auch die Konzernbetriebsratsführungen keine überbetriebliche Solidarität herstellen wollten. Nicht nur öffentlich durchscheinen zu lassen, dass die einwöchige „Arbeitsniederlegung“ der Beschäftigten von Opel in Bochum eher als störend empfunden wird, sondern auch keinerlei politische und finanzielle Solidarität zu organisieren, ist schon ein starkes Stück Gewerkschaftsgeschichte.

Auch die Gewerkschaft ver.di versucht durch eine Anpassungsstrategie, manche sagen auch Unterwerfungsstrategie, den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst zu retten. Ob dies funktioniert und wenn ja, für wie lange sei noch dahin gestellt.

Das elementare Gewerkschaftsverständnis, dass die Gewerkschaften dazu da sind, Konkurrenz unter den Beschäftigten abzubauen und übergreifende Solidarität herzustellen, wird er-

Gewerkschaftslinker in Stuttgart: Ein ungehaltenener Diskussionsbeitrag

Leider wurde die Rednerliste der eh schon relativ langen Generaldebatte auf der Konferenz genau vor dem Beitrag des Genossen Müllerschön geschlossen. Deshalb dokumentieren wir seinen nachgereichten Beitrag im Folgenden.

Ich heiße Johannes Müllerschön und versuche mich seit 30 Jahren in linker Gewerkschaftspolitik, davon 25 Jahre in einem großen italienischen Automobilkonzern. Zur Zeit bin ich Standortbetriebsratsvorsitzender (130 Beschäftigte), Gesamtbetriebsratsvorsitzender (ca. drei Standorte, 310 Beschäftigte) und stellvertretender Konzernbetriebsratsvorsitzender (vier Standorte plus Niederlassungen, ca. 1 100 Beschäftigte), allerdings nicht im industriellen Kernbereich, sondern in der Landtechnik und im Vertriebs- und Angestelltenbereich, also kurz gesagt in der gewerkschaftlichen Diaspora. Ich will auf zwei Probleme der praktischen Arbeit im Betrieb hinweisen, die mit zunehmender Globalisierung zusammenhängen und auf die wir Gewerkschaftslinken noch zu wenig Antworten haben:

1. Viele Belegschaften und Betriebsräte haben vor Ort keine kompetenten Ansprechpartner mehr auf Arbeitgeberseite, sondern gut bezahlte Befehlsempfänger und -vollstrecker, die von Konzernzentralen ferngesteuert sind. Die Verhandlungspartner von Betriebsratsgremien vor Ort haben oft nichts zu sagen, und an die Leute, die was zu sagen

haben, kommt man nur, wenn überhaupt, über GBR-, KBR- oder gar EBR-Gremien ran, die wiederum den Nachteil haben, dass sie weiter weg sind von der Basis und auch oft wegen unterschiedlicher, manchmal auch direkt gegensätzlicher Interessenslagen geschwächt sind. Standortlogik ist ja nicht nur eine verwerfliche Ideologie, sondern tatsächlich oft genug auch echter Interessenskonflikt. Wer ist denn nun „Gewerkschaftsführung“? Die Betriebsratsfürsten, die der IG Metall vor Ort oder im Bezirk sagen, wo es lang geht? Oder die Gewerkschaftsfunktionäre, die bei Interessenskonflikten versuchen zu vermitteln? Müsste dieser Bereich und diese Kommunikation nicht demokratischer und transparenter strukturiert werden?

2. Das Thema Arbeitsplätze, Arbeitsvolumen und Arbeitszeit klafft nicht nur gesellschaftlich, sondern auch in den Betrieben immer weiter auseinander. In den Unternehmen nimmt der Widerspruch zwischen Finanzcontrolling und Budgetvorgaben einerseits und stofflicher Produktion oder auch Dienstleistung andererseits enorm zu. Die im Betrieb für jeden sichtbaren Aufgaben und die vom Kapital bereit gestellten Arbeitsplätze passen nicht mehr zusammen. War da nicht mal was mit Gebrauchswert und Tauschwert der produzierten Waren im Kapitalismus? Wenn sich heute Betriebsräte und Gewerkschafter auch und immer mehr um

die stoffliche Seite der Produktion kümmern und über Kampfkraft und Streikandrohung hinaus versuchen, Einfluss zu nehmen, ist das immer das verwerfliche Comanagement? Der Anfang des Verrats an der heiligen Arbeitersache? Etwas weniger Emotionen und dafür mehr ehrliche, auch selbstkritische Untersuchung und Betrachtung der objektiven Probleme bei der Verteidigung und dem Ausbau von berechtigten Interessen der abhängig Beschäftigten wäre sinnvoll.

Aus eigener Erfahrung kann ich Euch nur sagen, dass linke Gewerkschaftspolitik innerhalb der bestehenden Einheitsgewerkschaften bedeutend effektiver ist, als das im eigenen Saft Schmoren in linken gewerkschaftsoppositionellen Kreisen. Es wurde in den vielen Beiträgen vor mir richtige und heftige Kritik geübt an der „Gewerkschaftsführung“ und an ihrem falschen Kurs. Allerdings würde ich festhalten wollen, dass politische Richtungsgewerkschaften wie in Italien und in Frankreich auch nicht die Ergebnisse bringen, die wir uns wünschen. Ein internationaler Erfahrungsaustausch ist auch zu diesem Thema dringend erforderlich. Ich habe die Hoffnung, dass die neugegründete europäische Linkspartei, in der sich die PDS und andere zusammengeschlossen haben, hier weiterhelfen kann. Vernetzung linker Gewerkschaftspolitik ist dringender denn je, eben nicht nur national, sondern international.

setzt durch „Mitgestaltung“ der Konkurrenz zur Verbesserung der Standortbedingungen. Es ist absolut verwunderlich, dass es noch nicht einmal ein artikuliertes Problembewusstsein darüber gibt, in welchem Maße hier die sozialen Standards nach unten konkurriert werden, wenn diese Politik so weiter verfolgt wird.

Dass auf dem politischen Feld die Mobilisierung und Weiterentwicklung der Proteste gegen Sozialabbau in Form eines Arbeitnehmerbegehrens (Unterschriftensammlung) erfolgte und damit der Abgesang eingeleitet wurde, ist nur die andere Seite der gleichen gewerkschaftspolitischen Medaille. Gerade in der Verbindung der sozialen Frage mit der tariflichen hätte die Weiterentwicklung der Proteste bestehen können.

Wie geht es weiter?

Es ist nicht so einfach einzuordnen, welche Motive hinter der kritisierten „Strategie“, sofern es eine ist, stehen. Ist es die Angst vor Niederlagen, wenn die Gegenwehr organisiert würde? Also

Gewerkschaftlicher Erosion entgegentreten

Es ist völlig klar, dass bei einer Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik nicht nur die gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften dramatisch zurück geht. Die schleichende Erosion der Gewerkschaften in Form zurückgehender Mitgliederzahlen und nachlassender Bindung nimmt an Größe und Beschleunigung zu. Eine andere Richtung findet trotzdem derzeit keine Mehrheit, höchstens auf betrieblicher oder lokaler Ebene. Elemente einer anderen Gewerkschaftspolitik müssten sein:

- Überbetriebliche Gegenwehr gegen die Angriffe auf die Tarifverträge
- Widerstand gegen Sozialabbau und Verbindung mit den tariflichen und betrieblichen Fragen und damit Politisierung der Gewerkschaften auf jeder Ebene

• Internationalisierung der Gewerkschaftspolitik. Da die Konzerne die Standorte international gegeneinander ausspielen, muss das einer der wichtigsten Ansatzpunkte sein.

- Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Gruppen der sozialen Bewegungen (Erwerbslose, Globalisierungskritiker, Migranten/innen, u.v.a.m.) muss ausgebaut und auf eine andere politische und demokratische Basis gestellt werden. Das alles muss verbunden werden mit einem po-

litischen Programm oder zumindest Ansätzen dazu, das auf der politisch-geistigen Ebene aus der Defensive herausführt. Nur mit der Verteidigung des Bestehenden oder gar dem Verkauf des Bestehenden gegen vermeintliche Arbeitsplatz- oder/und Standortgarantien ist nicht einmal das erreichbar.

G-Linke muss ihren Einfluss erhöhen

Die G-Linke muss der Erosion der Gewerkschaften durch bewusste und deutlich wahrnehmbare Kritik an den heute sichtbaren gewerkschaftlichen „Politikkonzepten“ entgegenarbeiten und den Gewerkschaftsmitgliedern zur politischen Orientierung verhelfen. Sie muss Alternativen herausarbeiten und veröffentlichen. Vor allem aber muss sie ihre Verankerung an der Basis, in den Regionen erhöhen. Die Belebung der örtlichen Foren und Strukturen ist mindestens so wichtig wie die überregionale Vernetzung. Man kann nur etwas vernetzen, was es gibt. Sie muss aber auch an Einfluss gewinnen und darf sich keinesfalls darauf beschränken, die vorherrschende Politik zu bejammern.

Krankenkassen verhandeln über Preisnachlässe bei der Pharmaindustrie.

HB, Fr./Sa., 14./15.1.05. Die gesetzlichen Krankenkassen und die Betriebskrankenkassen wollen dieses Jahr erstmals in großem Stil in Verhandlungen mit der Pharmaindustrie über Preisnachlässe für die ca. 77,5 Millionen Versicherten in Deutschland einsteigen. Die Pharmaindustrie erwartet in Folge der Rabattverhandlungen eine Umwälzung in der Arzneimittelversorgung. „Das wird die Marktbedingungen für die Industrie dramatisch verändern“, so H. Kortland vom Bundesverband der Arzneimittelhersteller. Es werde u.a. zu einem Konzentrationsprozess kommen. „Kleine Unternehmen haben bei dem nun einsetzenden Wettlauf um Rabattverträge nur eine Chance, wenn sie exklusive Arzneimittel im Sortiment haben.“

Handwerk verzeichnet noch kaum Konkurrenz aus dem Osten.

Di, 18.1.05. Der neu gewählte Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, O. Kenzler, zeigt sich zuversichtlich, dass die Handwerker mit besserer Qualität und Service dem heftigen Wettbewerbsdruck der aus den östlichen EU-Mitgliedsländern kommt, begegnen könnten. Der befürchtete Ansturm von Handwerkern aus dem Osten sei – bis jetzt jedenfalls – ausgeblieben. Allerdings würden seit vergangener Mai eine ganze Reihe von Betriebsgründungen durch Staatsangehörige aus den neuen Mitgliedsstaaten beobachtet. Von ihnen gehe ein heftiger Wettbewerbsdruck aus, da ihre Leistungen sehr preiswert angeboten würden. Die Verlagerung von Betriebssitzen oder Arbeitsplätzen bildeten jedoch die Ausnahme im Handwerk. Eher würde Niederlassungen in den östlichen Ländern gegründet, um die Dienstleistungen und Produkte vor Ort abzusetzen.

Industrie lehnt Verantwortung für falsche Ernährung ab.

HB, Mi., Fr./Sa., 21./22.1.05. Der für Gesundheits- und Verbraucherfragen zuständige EU-Kommissar M. Kyprianou hat der Industrie eine Frist von einem Jahr gesetzt, in der sie an Kinder gerichtete Anzeigenkampagnen für Junk-Food einzustellen habe. Andernfalls drohen gesetzliche Maßnahmen. Dagegen hat sich der am 20.1.05 neu gewählte Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), J. Abraham, ausgesprochen. „Die Politiker sollten nicht immer die Schuld sofort der Industrie in die Schuhe schieben. Ich sehe die Verantwortung für ein falsches Ernährungsverhalten zu allererst bei den Eltern“, so Abraham. Der Vorwurf an die Industrie lautet, sie trüge mit ihren Produkten die Verantwortung für die wachsende Fettleibigkeit in der Gesellschaft. *Presseauswertung: rst*

Bilder: Netzwerkinfo 4 /2004



Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Ist es die Hoffnung, dass es sich bei der Kapitaloffensive um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die in einen neuen sozialen Kompromiss übergehen kann, wenn auch auf niedrigerer materieller Basis? Ist es die Angst vor inneren Widersprüchen, die zweifellos bei einer anderen Politik größer wären? Sind neoliberale Gedanken in Gewerkschaftsköpfe eingezogen? Wahrscheinlich ist es von allem etwas. Eine große Rolle spielt sicherlich, dass in ihren Köpfen jenseits der kapitalistischen Logik keine Alternative sichtbar ist. Es wird aber auf der geistig-politischen Ebene besonders wichtig sein, diesen Mythos der kapitalistischen Wirtschaft (die Menschen sind für die Wirtschaft da und müssen sich ihren Bedürfnissen unterordnen) zu zerstören und erste Alternativen nicht nur zur neoliberalen, sondern auch zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Und wenn es im ersten Schritt nur die Position ist, dass die Wirtschaft den Menschen nützen muss und nicht umgekehrt.

PDS erfolgreich – Zulassung zur Landtagswahl

Am 7. Januar wurde im Innenministerium des Landtages in Kiel darüber entschieden, welche Parteien für die Landtagswahl am 20. Februar 2005 zugelassen werden. Insgesamt 13 Parteien hatten sich beworben und wiesen, wie der Vorsitzende sagte, keine Mängel bei den Anträgen, Protokollen und den Unterstützungsunterschriften auf. Außer den bereits im Landtag vertretenen Parteien von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) treten die PDS, die DKP, die Grauen Panther und die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) an. Neu hinzu kamen die Deutsche Seniorenpartei, die Familienpartei Deutschlands und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Auf der Landesliste kandidieren insgesamt zwölf 12 Genossinnen und Genossen unter dem Motto „Schleswig-Holstein – Sozial mit aller Kraft“. An der Spitze stehen die Landesvorsitzenden Edda Lechner und Harald Koch, Gönül Dogan und Ragnar Lüttke aus Lübeck.
Edda Lechner

„Soziale Alternative für NRW“ – PDS stellt Landesliste auf

„Soziale Alternative für NRW – Protest braucht eine linke Stimme: PDS.“ Mit dieser Losung tritt die PDS NRW bei den Landtagswahlen am 22.5.2005 an. Das beschloß der PDS-Landesparteitag am 23./24. Januar 2005 in Hagen. Nach ausführlicher Diskussion verabschiedeten die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit großer Mehrheit eine Landespolitische Erklärung und wählten die Landesliste. Damit kann auf Landesebene mit der Unterschriftensammlung begonnen werden, die für die Einreichung der Landesliste notwendig ist.

„Die NRW-Wahl ist der Vorlauf zur Bundestagswahl. Gerade deshalb rufe ich die gesamte Partei auf, diesen Wahlkampf zu unterstützen“, erklärte der neue Bundeswahlkampfleiter der PDS, Bodo Ramelow, auf dem Parteitag. „Von NRW wird das Signal ausgehen: Die PDS kämpft bundesweit um Alternativen zum Kartell der sozialen Kälte der Parteien, die Deutschland einen neoliberalen Stempel aufdrücken wollen ... Die vom Parteivorstand beschlossene finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes von 300.000 Euro wird die Basis für einen intensiven Wahlkampf der PDS aus allen Ländern in NRW sein.“

Die 16-köpfige Landesliste wird von Paul Schäfer, Landessprecher der PDS (Köln), und Claudia Radtke, Personalrätin bei der Post (Wuppertal) angeführt. Insgesamt drei Migranten türkischer und kurdischer Herkunft kandidieren auf der Liste, Sabahattin Karakoc (Bielefeld), Hamide Akbayir (Köln) und Hüseyin Dogmus (Wuppertal), die erst kürzlich aus der SPD ausgetreten ist. Mit Professor Wolfgang Dreßen, Leiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, konnte die PDS NRW darüber hinaus einen engagierten und anerkannten Wissenschaftler gewinnen. Damit stehen auch Personen auf der Liste für eine wichtige Aussage der Landespolitischen Erklärung: „Wir werden dabei mithelfen, dass dem rechten Mob nicht die Straße überlassen wird, und wollen dazu beitragen, einen Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern. Dafür kommt es auch auf eine hohe Wahlbeteiligung an!“

Die Erklärung, die von einer Arbeitsgruppe des Landesvorstandes in kürzester Zeit erarbeitet wurde, macht den Bruch deutlich, der die Landespolitik durchzieht: „Nordrhein-Westfalen verstand sich als das ‚soziale Gewissen der Republik‘. Das war nicht nur die Auffassung der Gewerkschaften und der Sozialverbände; auch Landesregierungen machten sich diese Ansicht zu eigen ... Die derzeitige Landesregierung unter Ministerpräsident Steinbrück ist Vorreiter einer Politik, deren Rezepte lauten: Privatisierung und Deregulierung, unbezahlte Mehrarbeit und Lohnsenkung für die Beschäftigten, Billiglöhne, Mini-Jobs, Druck auf die Erwerbslosen.“ Die PDS NRW fordert u.a. eine Bundesratsinitiative zu Hartz IV, durch die Alg II und Sozialgeld auf ein existenzsicherndes Niveau aufgestockt und die neuen Zumutbarkeitsregelungen aufgehoben werden sollen.

Abgesehen davon, dass die neu gegründete Wahlalternative ASG sich nicht als sozialistisch versteht, ist die Landespolitische Erklärung der PDS deutlich konkreter als das Wahlprogramm der ASG, die ebenfalls zur Landtagswahl antritt. Die PDS NRW kann inzwischen ein Stück weit aus den Erfahrungen ihrer über 120 kommunalen Mandatsträger schöpfen. Ein Gesprächsangebot der PDS NRW hat die ASG ausdrücklich abgelehnt. Trotzdem wird es nicht einfach werden, die 128 Wahlkreise des Landes mit Direktkandidatinnen und -kandidaten zu besetzen und in jedem dieser Wahlkreise die nötigen 100 Unterstützungsunterschriften zu sammeln.

„Unser Nein zu dieser Verfassung“ ist eine Pressemitteilung der PDS-Mitglieder im Europaparlament überschrieben, von allen Mitgliedern außer Silvia Yvonne Kaufmann. Eine solche Erklärung war nötig, weil letztere sich der ablehnenden Haltung der Fraktion der GUE/NGL nicht anschloss. Wir dokumentieren aus der Erklärung der Mehrheit und die Meinung von Yvonne Kaufmann.

„Die gestrige Debatte zum Corbett/Mendez de Vigo-Bericht hat zwar deutlich gemacht, dass der EU-Verfassungsvertrag auch einige positive Neuerungen enthält, die den europäischen Integrationsprozess bereichern und voranbringen können. Die Verfassung bringt jedoch gegenüber den gegenwärtig gültigen EU-Vertragswerken gravierende Veränderungen mit sich, deren Umsetzung weitreichende und schwerwiegende Folgen für die politische Ausrichtung der Europäischen Union und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger hätte. Unsere Kritikpunkte haben wir wiederholt und ausführlich formuliert und öffentlich gemacht. Sie richten sich insbesondere gegen die neoliberale Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die schon seit Jahren die praktische EU-Politik bestimmt und zu wachsender Armut und gravierend ungleicher Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums in Europa führt. Mit dem neuen Verfassungsvertrag würde sie nun in Verfassungsrang erhoben und auf Jahrzehnte den Kurs europäischer Politik festlegen. Unsere fundamentale Kritik richtet sich ebenso gegen die im Verfassungsvertrag verankerten Militarisierungsbestrebungen ...“

NEIN zum Nein, von Sylvia-Yvonne Kaufmann:
Mein NEIN zum Nein hat auch mit dem Versagen der Linken zu tun. Während der Verfassungskonvent über die Zukunft der EU stritt und europäische Geschichte schrieb, betrachtete die Europäische Linke das Geschehen im Grunde unbeteiligt aus der Ferne. Die Chance, zielgerichtet in einen ablaufenden politischen Prozess zu intervenieren, wurde vertan. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, gab es zu keinem Thema konkrete Vorschläge, sei es nun zur Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, zur Demokratisierung der EU, zur Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips, zur Außen- und Sicherheitspolitik oder gar zur Frage eines sozialen Europas.

NEIN zum Nein, von Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Dies trifft leider im Kern auch auf die PDS zu, die im Unterschied zu anderen linken Parteien nicht auf eine Renationalisierung der europäischen Politik, sondern bislang auf eine progressive Weiterentwicklung der Europäischen Union orientierte ... Darüber hinaus wird eine „andere Verfassung“ gefordert, ohne überzeugende Alternativvorschläge auf den Tisch legen zu können. Für mich ist jedoch inakzeptabel, wenn die Linke, die den Verfassungsprozess ignorierte und unfähig war, eigene substantielle Vorschläge zu präsentieren, sich heute geradezu mit Aufrufen überschlägt, um gegen die so genannte „Giscard-Verfassung“ mobil zu machen.

Halbe Entwarnung

Am 19. November traf der tschechische Premierminister Stanislav Gross in Berlin mit Bundeskanzler Schröder zusammen. Nach dem Treffen der beiden Regierungschefs wurde berichtet, der deutsche Bundeskanzler habe Entschädigungsansprüche von Sudetendeutschen an die Tschechische Republik erneut strikt abgelehnt und erklärt, die Aussagen eines Rechtsgutachtens für Polen seien auch für Tschechien gültig. Bei dem erwähnten Rechtsgutachten handelt es sich um die 40-seitige Expertise, die am 10. November 2004 von dem deutschen Völkerrechtler Joachim A. Frowein (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg) und seinem polnischen Kollegen Prof. Jan Barcz (Lehrstuhl für Europarecht der Wirtschaftsuniversität Warschau) der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das „Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“ war von der deutschen und der polnischen Regierung gemeinsam in Auftrag gegeben worden. Es sollte prüfen, ob es eine rechtliche Grundlage für die aus den Reihen der deutschen Vertriebenenverbände erhobenen Vermögensansprüche an Polen gibt, die Schröders Erklärung vom 1. August in Warschau entgegenstehen. Schröder hatte dort während der Gedenkfeierlichkeiten für den Warschauer Aufstand erklärt, es dürfe „heute keinen Raum mehr für Restitutionsansprüche aus Deutschland geben, die die Geschichte auf den Kopf stellen“. Danach hatten er und der polnische Premierminister Marek Belka mehrfach die Vermögensansprüche für „rechtsgrundlos“ erklärt (vgl. DTN 62). Darüber hinaus sollte in dem Gutachten untersucht werden, welche Aussichten „Vertriebene“ haben, wenn sie versuchen, ihre vermeintlichen Ansprüche durch individuelle Klagen juristisch durchzusetzen, und welche Möglichkeiten die beiden Regierungen haben, vor Gericht ihre Gegenposition vorzubringen.

Die Ergebnisse

Die beiden Völkerrechtler kommen in ihrem Gutachten zu folgenden Ergebnissen:

„1. Es bestehen keine Rechtsansprüche in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, die den Konsens in Frage stellen könnten, dass es heute keinen

Raum mehr für Restitutionsansprüche aus Deutschland geben dürfe“ (...)

2. Der Versuch, Ansprüche aus den genannten Enteignungen vor polnischen, deutschen, amerikanischen oder internationalen Gerichten durchzusetzen, kann als aussichtslos bezeichnet werden.

3. Die Bundesregierung und die polnische Regierung können in verschiedenen Verfahren Erklärungen zu ihrer gemeinsamen Position abgeben, wenn ihnen Verfahren von den Gerichten zugestellt werden.“

Juristisch aussichtslos

Es gibt keinen Grund, die Richtigkeit dieser Ergebnisse anzuzweifeln. Von der Aussichtslosigkeit individueller Klagen, wie sie z.B. von der „Sudetendeutschen Initiative“ (SDI) oder von der „Preußischen Treuhand“ vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte betrieben werden (vgl. DTN 61), überzeugt nichts so sehr wie die „Anmerkungen“ des Rechtsanwaltes Thomas Gertner zu dem Gutachten. Der juristische Vertreter der SDI bemängelt, die Gutachter hätten sich nicht mit der Frage befasst, ob nicht die Enteignungen von 1945 „eine andere Rechtsqualität haben, weil sie im Kontext mit einem Völkermord resp. einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen“ seien. Wenn man diesen Kontext nicht anerkenne und „wenn die tatsächliche Grundlage, auf welcher das Gutachten Frowein/Barcz beruht, richtig wäre, so wäre in der Tat eine Beschwerde gegen Polen ebenso wie gegen die CR ohne jegliche Erfolgsaussicht“. Gertners Prozessstrategie baut deshalb ganz auf der Behauptung eines Völkermordes auf. Für die Gutachter war diese Fragestellung dagegen so abseits, dass sie sie nicht einmal erwähnten. Man darf wohl als sicher annehmen, dass weder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte noch irgendein anderes internationales Gericht sich Gertners Argumentation zu eigen machen wird.

„Es ist und bleibt Aufgabe der Politik...“

Von der Aussichtslosigkeit juristischer Schritte gehen Vertriebenenfunktionäre wie Erika Steinbach (Bund der Vertriebenen) oder Bernd Posselt (Sudetendeutsche Landsmannschaft, SL) schon länger aus. Posselt hat es deshalb von Anfang an dem Witikobund überlassen, mit der SDI die Probe aufs Exempel zu machen, und Erika Steinbach hat sich (nachdem sie der Preußischen Treuhand so lange freie Hand gelassen hat, bis ihr niemand mehr ihre Distanzierung geglaubt hat) sogar durch ein Urteil des Landgerichts Hamburg vom 12. November 2004 bestätigen lassen, dass sie mit der Preußischen Treuhand nichts am Hut hat.

Auf der politischen Bühne sehen Steinbach und Posselt gleichwohl

weiterhin Chancen. Steinbach in ihrer Sofortstellungnahme vom 10.11. zum Frowein/Barcz-Gutachten: „Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, unter Einbeziehung der betroffenen Menschen Wege für gemeinwohlverträgliche Lösungen zu finden.“ Gemeinwohlverträgliche Lösung heißt für sie: Polen und die Tschechische Republik müssen die Umsiedlung als „Unrecht“ anerkennen.

Die SL beschuldigt weiterhin die Bundesregierung, den „Vertriebenen“ diplomatischen Schutz in der Vermögensfrage zu verweigern, und unterstützt die Klage, die ein „Betroffener“ schon vor fünf Jahren in ihrem Auftrag beim Berliner Verwaltungsgericht eingereicht hat. Darüber hinaus fordert sie umso vehementer, selbst Verhandlungen mit der tschechischen Regierung führen zu können.

Recht auf diplomatischen Schutz?

Der Hauptteil des Gutachtens von Frowein und Barcz beschäftigt sich daher auch mit der Frage, ob die Bundesregierung der Forderung, Vermögensansprüche von „Vertriebenen“ im Wege des diplomatischen Schutzes geltend zu machen, nachkommen muss bzw. darf. Die Vorgabe von Seiten der Regierung lautete dabei offensichtlich: Kein Abrücken von den althergebrachten Positionen, die seit Adenauers Zeiten die „Geschäftsgrundlage“ der Vertriebenenverbände bilden.

„Deutschland“, so das Gutachten, „hat immer die Rechtsauffassung vertreten, dass die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den früheren deutschen Ostgebieten ebenso rechtswidrig war wie die entschädigungslose Enteignung, die von Polen vorgenommen worden ist. ... Die Erklärung des Bundeskanzlers kann nicht so verstanden werden, als ob die deutsche Rechtsauffassung aufgegeben würde.“

Daraus abgeleitete „völkerrechtliche Ansprüche, die im Wege des diplomatischen Schutzes geltend gemacht werden können“, seien auch im Völkerrecht anerkannt. Die Voraussetzung für die Durchsetzung derartiger Ansprüche sei jedoch, „dass entweder die betroffenen Staaten die Völkerrechtswidrigkeit einer derartigen Enteignung anerkennen oder dass ein internationales Gericht die Streitfrage bindend entscheiden kann“.

Diese Voraussetzungen seien jedoch nicht gegeben.

Als weitere Fakten, die dem Gutachten zufolge die Bundesregierung daran hindern, Ansprüche für deutsche Staatsangehörige gegen Polen geltend zu machen, werden genannt:

- die Tatsache, dass die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den früheren deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße im Potsdamer Abkommen gebilligt wurde;
- die Tatsache, dass die BRD von An-

fang an die Verwaltung der Gebiete durch Polen als rechtlich wirksam behandelt hat;

- die Tatsache, dass bislang keine deutsche Regierung in Verhandlungen mit Polen derartige Forderungen erhoben hat;

- die Tatsache, dass im Falle einer „Erörterung etwaiger deutscher Ersatzansprüche unter Bezugnahme auf die entschädigungslose Enteignung“ geklärt werden müsste, „dass auch die Alliierten die entschädigungslose Enteignung als rechtswidrig ansehen“. Damit sei jedoch nicht zu rechnen. „Vielmehr zeigen die Vorgänge in Bezug auf die Beneš-Dekrete für die Tschechoslowakei, dass die Alliierten auf Anfrage hin ihre Entscheidung in Bezug auf die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung und möglicherweise auch die entschädigungslose Enteignung bestätigen würden.“

- die Tatsache, dass die BRD im sog. Überleitungsvertrag von 1954 („Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“, mit dem die drei westlichen Alliierten der BRD 1954 eine beschränkte Souveränität zurückgaben) verpflichtet wurde, „in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen (zu) erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.“

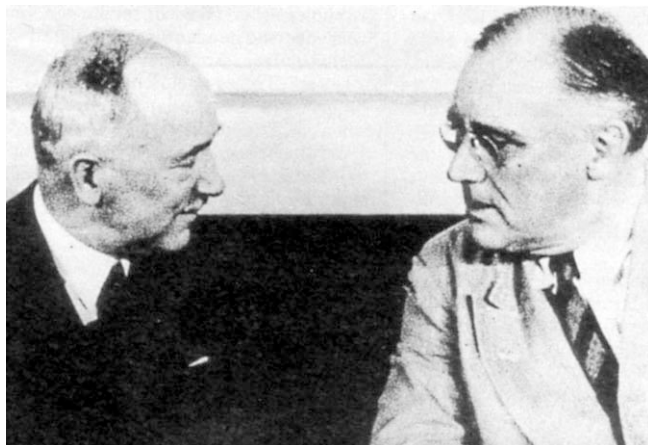
Diese Fakten werden in dem Gutachten als „wesentliche rechtliche Schranke der Möglichkeiten der Bundesregierung“ bezüglich der Geltendmachung von Ansprüchen im Wege des diplomatischen Schutzes gewertet. Daneben werden weitere Punkte aufgeführt, die der Bundesregierung auch das Recht geben, die Geltendmachung von Ansprüchen abzulehnen.

„Beinahe zwingend bzw. sehr gut vertretbar“

Hier wird vor allem mit dem „außenpolitischen Ermessen“ argumentiert. So erinnert das Gutachten beispielsweise daran, dass die Bundesregierung in den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.1990 „von Anfang an die Haltung eingenommen (hat),

dass mit diesem Vertrag auch das Problem von Reparationsforderungen auf der Grundlage des Zweiten Weltkrieges gegen Deutschland als erledigt angesehen werden muss“. Es sei danach nicht nur naheliegend, sondern erscheine „beinahe zwingend“ bzw. „im Rahmen des außenpolitischen Ermessens der Bundesregierung sehr gut vertretbar“, dass umgekehrt auch die BRD vermögensrechtliche Ansprüche nicht mehr erheben kann.

Der Einwand, in zahlreichen Bundesgesetzen, Verfassungsgerichtsentscheidungen und Briefwechseln zu Verträgen



Potsdamer Konferenz: Der tschechoslowakische Präsident Beneš im Gespräch mit US-Präsident Roosevelt

wie z.B. dem deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 sei ausdrücklich festgehalten, dass Vermögensansprüche davon nicht berührt werden und „die Vermögensfrage“ weiterhin „offen“ sei, begegnen die Gutachter mit einer Neuinterpretation. Sie stellen fest, dass zwar „die Offenheit der Vermögensfrage in vielen deutschen amtlichen Erklärungen zu finden“ sei, aber in den „ausdrücklichen Formulierungen ... niemals die Existenz konkreter Ansprüche festgestellt“ wurde. Die Position der Bundesregierung sei somit auch nach deutschem Recht nicht zu beanstanden.

Schließlich, so das Gutachten weiter, habe der Bundeskanzler selbst in dieser Frage durch seine Erklärung in Warschau einen neuen Fakt geschaffen: „Die Bundesrepublik Deutschland kann die Haltung, dass die Vermögensfrage offen sei, nach den Erklärungen des Bundeskanzlers in Warschau nicht mehr einnehmen. Hiernach ist geklärt, dass die Bundesrepublik Deutschland auf der völkerrechtlichen Ebene keine Vermögensansprüche gegen Polen stellen wird, die im Wege des diplomatischen Schutzes wegen der Schädigung deutscher Staatsangehöriger geltend gemacht werden könnten.“

Die Formulierung einer gemeinsamen Rechtsauffassung sei zwar „nicht der Abschluss eines Vertrages“. Es handele sich „aber um eine rechtlich relevante Erklärung, die der Bundeskanzler als Vertreter der BRD abgegeben hat“ und

die als einseitiger Akt anzusehen sei, der für die BRD bindenden Charakter hat.

Alles in allem:

Das Gutachten begründet – im Wesentlichen formaljuristisch –, dass die individuellen Klagen von „Vertriebenen“ mit Unterstützung von SDI und Preußischer Treuhand keine ernst zu nehmende Gefahr darstellen. Es enthält außerdem Argumente dafür, dass die „Vertriebenen“ kein Anrecht darauf haben, dass die Bundesregierung ihre vermeintlichen Vermögensansprüche gegenüber Polen oder der CR im Wege des diplomatischen Schutzes geltend macht. Es enthält eine Uminterpretation amtlicher deutscher Dokumente bezüglich der „Offenheit der Ansprüche“, wobei diese neue Interpretation möglich, aber nicht zwingend ist. Es hält an den althergebrachten Grundauffassungen deutscher Bundesregierungen fest, wonach die Umsiedlung und entschädigungslose Enteignung der Deutschen aus den ehemals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie aus der Tschechoslowakei völkerrechtswidrig gewesen sei. Damit bestätigt es die politische Grundlage für das Agieren der Vertriebenenverbände (und ihrer Anführer v.a. aus der CSU und CDU) und erlaubt ihnen, weiterhin auf diese „deutsche Rechtsauffassung“ zu pochen und Polen und die Tschechische Republik weiter mit ihren geschichtsrevisionistischen Forderungen zu attackieren.

Zuletzt sei noch erwähnt, dass das Gutachten offensichtlich mit sehr heißer Nadel gestrickt wurde. Darauf lassen jedenfalls manche Stellen schließen, die so schlampig formuliert sind, wie man es von renommierten Juristen nicht erwarten würde. Das krassste Beispiel findet sich auf Seite 8: Die Autoren beziehen sich dort auf folgenden Satz aus Schröders Rede in Warschau: „Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren.“ In dem Gutachten wird daraus: „Diese Formulierung des Bundeskanzlers knüpft an die historische Tatsache an, dass Polen das erste Opfer der Aggression gewesen ist, das wegen der politischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg die Hauptlast der Zerstörung selbst tragen musste.“ Wenn Polen das erste Opfer der deutschen Aggression gewesen ist – was war dann die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei? Das Ergebnis rechtlich wirksamer Verträge? Angesichts der Tatsache, dass das Münchner Diktat von deutscher Seite noch immer als gültig zustande gekommener Vertrag gewertet wird, könnte man auch auf die Idee kommen, dass die „schlampige“ Zweideutigkeit hier Methode hat.

Renate Hennecke, entnommen aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten 63 vom 14.1.05

A. Paul Weber – ein Antifaschist?

Da A. Paul Weber nach 1945 sein antifaschistisches Image geschickt zu inszenieren wusste und auch heute noch das ihm gewidmete Museum in Ratzeburg eine reichlich apologetische Interpretation des Werkes eines künstlerischen Exponenten der Konservativen Revolution (KR) pflegt, wird es wohl noch Jahre dauern, bis der antifaschistische Mythos um Weber entzaubert ist.

A. Paul Weber wurde am 1. November 1893 geboren und war vor dem 1. Weltkrieg Mitglied der sehr heterogenen Wandervogelbewegung, innerhalb derer er schon damals enge Kontakte zu völkisch-nationalistischen Kreisen pflegte. Im 1. Weltkrieg war er Eisenbahnkrieger an der Ostfront sowie Kriegszeichner. 1927 illustrierte Weber das Buch „Mord an der Zukunft“ des konservativen Revolutionärs Hjalmar Kutzleb. Über dieses Buch schrieb Armin Mohler, Spiritus Rector der Neuen Rechten und bekennender Faschist, es sei „für die Kulturkritik der gesamten Konservativen Revolution repräsentativ“. Für Ernst Jünger illustrierte Weber in dieser Zeit den „Vormarsch – Blätter der nationalistischen Jugend“. Ebenfalls 1927 erschien das Buch Ernsts und Heiteres aus dem Putschleben des Freikorpsführers Manfred Killinger mit Zeichnungen Webers.

1928 schloss Weber sich endgültig der republik- und demokratiefeindlichen KR an, genauer gesagt dem nationalrevolutionären Widerstands-Kreis um Ernst Niekisch. Der ehemalige Sozialdemokrat Niekisch pflegte einen kruden „Nationalbolschewismus“, wobei ihn an der Sowjetunion nicht vornehmlich die sozialen Errungenschaften faszinierten, sondern hauptsächlich die dynamischen Kräfte, welche die Oktoberrevolution freigesetzt hatte. Nicht der unüberbrückbare Klassenantagonismus hätte die Revolution hervorgebracht, sondern die mystisch verklärte slawische Volksseele. Sie verwechselten revolutionäre Disziplin des Proletariats mit den von ihnen angestrebten preußisch-männlichen Tugenden. Der Widerstandsbegriff meinte in erster Linie Widerstand gegen das „Versailler Diktat“, gegen die Westmächte Frankreich und England sowie die „westlicher-weißlich-weichliche“ Weimarer Republik, welche dem deutschen Volkscharakter fremd sei. Die Sozialismusrhetorik Niekischs kannte nur einen „Frontsoldaten-Sozialismus“, im Schützengraben des 1. Weltkriegs seien alle Deutschen gleich gewesen, die kommunistische Bewegung wurde ausschließlich als Vehikel betrachtet, das verhasste Versailler System zu zerschlagen, um darauf einen Nationalen Sozialismus, befreit von jeglichen marxistischen Inhalten, aufzubauen. Gleichzei-

tig lehnten Niekisch und seine Jünger die klassische Rechts/Links-Einteilung ab und stellten das Nationale als einigendes Prinzip in den Mittelpunkt ihrer Politik. Dem völkischen Rassismus der NSDAP und ihrem Vordenker Hans F.K. Günther versuchte der Widerstandskreis eine eigene Rassenlehre entgegenzusetzen. Louis Dupeux schreibt in seiner Habilitationsschrift „Nationalbolschewismus in Deutschland 1919 – 1933“: „Jedenfalls erwies sich Niekisch in der entscheidenden Periode seiner politischen Laufbahn, in der Zeit vor 1933, als ein Mann der extremsten Rechten.“

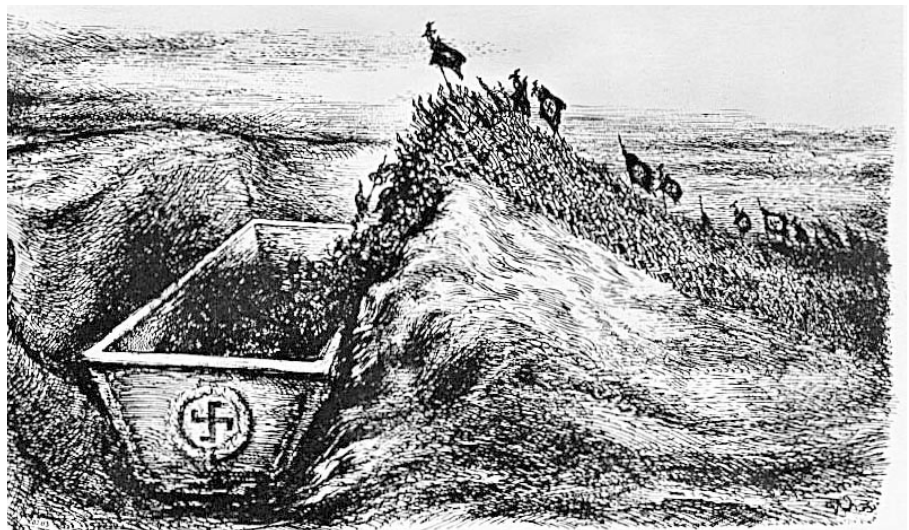
Eben jene Jahre waren auch prägend für A. Paul Weber und begründeten seinen Ruhm. Seine Zeichnungen für den Widerstands-Verlag von Niekisch, 1931 bis 1936 war Weber Mitherausgeber, gehören zu den bekanntesten, und einige von ihnen wurden auch als antifaschistisch interpretiert. Die Gegnerschaft zu Hitler war allerdings in einer innerfaschistischen Opposition begründet, z.B. darin, dass die NSDAP einen Kampf um die Parlamente führte, also in dem verhassten Versailler System mitmachte, und sie das angestrebte Zweckbündnis der Nationalbolschewisten mit der Sowjetunion nicht teilte. Aus dieser Zeit (1934) stammt auch das Bild „Der Denunziant“, das sich gegen die zunehmende Bespitzelung jeglicher Opposition durch die Nazis richtet.

Bekanntermaßen setzte sich die hitle-

allerdings auch in Haft (unpolitische) Bilder zeichnen, ein Umstand, von dem andere inhaftierte NS-Gegner höchstens träumten.

Nach seiner Freilassung machte Weber seinen Frieden mit den neuen Machthabern. Statt eine USA-Reise 1938 zur Flucht zu nutzen, illustrierte der „Antifaschist“ Weber jetzt Bildbeilagen des Völkischen Beobachters, die von Joseph Goebbels herausgegebene Zeitschrift Das Reich und Schulungsmaterial der Hitlerjugend.

1940 entstanden, zunächst aus eigenem Antrieb, später im offiziellen Auftrag die so genannten Britischen Bilder, in welcher sich die antiwestliche Politik des Widerstandskreises widerspiegelt. Sie prangern zwar einerseits soziale und politische Zustände sowie die Kolonialpolitik des Commonwealth an (die Nationalbolschewisten definierten auch das deutsche Volk als durch den Versailler Vertrag von den Westmächte kolonialisiert), ließen sich aber andererseits problemlos und von Weber unwidersprochen in die antibritische Propaganda der Nazis integrieren. Darüber hinaus sind einige von ihnen ein deutliches Beispiel für Webers Antisemitismus. Schon 1930 hatte Weber das Buch Literatenwäsche des Hamburger Konservativen Revolutionärs Wilhelm Stapel, eine extrem rechte „Abrechnung“ mit fortschrittlichen Autoren der Weimarer Republik, illustriert. Der Schriftsteller



Nach gängiger Interpretation warnte Weber in seinem berühmten Bild schon 1932 vor dem Krieg und den Verbrechen der Nazis. Seine Illustration für Niekisch Broschüre „Hitler – ein deutsches Verhängnis“ hat jedoch laut dem Germanisten Dr. Thomas Dörr, der Webers Werk kritisch analysierte, eine andere Bedeutung: Im Kontext mit Niekisch Text sind die Marschierenden führungslose Deutsche, die in die nationale Bedeutungslosigkeit marschieren.

rische Variante des Faschismus in Deutschland durch, und andere faschistische Strömungen, auch innerhalb der NSDAP (z.B. die Gebrüder Strasser und der nationalrevolutionäre Flügel der SA), wurden ausgeschaltet. Der Widerstandskreis um Niekisch wurde 1937 zerschlagen, Weber verhaftet und für 5 Monate in Untersuchungshaft u.a. im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Er durfte

Kurt Tucholsky, aus einer jüdischen Familie stammend, wird dort als Laus dargestellt. Die letzten beiden Kriegsjahre arbeitete Weber abermals als Kriegszeichner und -karikaturist, 1941 hatte er sich dafür schon in der besetzten Ukraine bewährt.

Nach 1945 konnte Weber sich erfolgreich als früher Mahner und Opfer der Nationalsozialisten inszenieren. Von

antisemitischen Bildern, seiner führenden Rolle im Widerstandskreis und seinen Auftragsarbeiten für die Nazis hat er sich nie distanziert. Das offizielle Weber-Museum schreibt heute in Bezug auf die umstrittenen Britischen Bilder verbrämend: „Sie gehören in der künstlerischen Qualität zu den Höhepunkten in seinem Werk und geben auch unmittelbaren Einblick in die schwierigen Verhältnisse, denen Kunst im totalitären Regime ausgesetzt war.“ 1971 wurde Weber zum Professor ernannt und ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen, 1980 verstarb er.

Webers Werke sind weit verbreitet und haben auch in Schulbüchern Eingang gefunden. Darüber hinaus wird er nach wie vor in konservativen und rechtsextremen Kreisen gewürdigt und seine Teilhabe an der Konservativen Revolution dort natürlich auch nicht verschwiegen. So schrieb die Junge Freiheit 2003: „Die Begegnung mit Niekisch darf durchaus als eine für Weber entscheidende bezeichnet werden.“

In diesem Zusammenhang verwundert auch nicht der Erscheinungsort der neusten, sehr umfangreichen Weber-Biographie von Klaus J. Dorsch (Leiter des Weber-Museums) und Helmut Schumacher (2. Vorsitzender der Webergesellschaft); das Buch erschien im Militaria-Verlag E.S. Mittler & Sohn, dem ersten Verlag Ernst Jüngers.

erk, entnommen aus: LB Hamburg

Quellen: A. Paul Weber, Hoppla Kultur, Gütersloh 1954; Helmut Schumacher/Klaus J. Dorsch, A. Paul Weber, Leben und Werk in Texten und Bildern, Hamburg 2003; Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919 – 1933, Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985 (vergriffen); Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt am Main 1984; Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932, Darmstadt 1972; Thomas Dörr: Mühsam und so weiter, was waren das für Namen ... Zeitgeist und Zynismus im antisemitisch-nationalistischen Werk des Grafikers A. Paul Weber, Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, Heft 18, Lübeck 2000 (vergriffen); Alfred Schobert, Auf rechts gehen? Graswurzelrevolution Nr. 261, 11/2001; Tobias Wimbauer, Bilder eines Unruhestifters, Junge Freiheit 25/03, 13.06.2003; Webseiten: www.weber-museum.de und www.goral-gesellschaft.de

Leseempfehlungen

Geheimnisvolle Missionen

Wenige Tage nach dem endgültigen Sieg über den Faschismus schreibt General Eisenhower (USA) an den sowjetischen Oberkommandierenden Marschall Shukow einen Brief. Er ist vom 14. Juli 1945 datiert und enthält den Vorschlag, in den verschiedenen Besatzungszonen Militärmissionen zu errichten. Eisenhower wurde von seiner Regierung angewiesen, auf der Grundlage des Abkommens

über den Kontrollmechanismus in Deutschland vom 14. November 1944 Verhandlungen mit den anderen Oberkommandierenden über die Errichtung von Militärmissionen in Deutschland aufzunehmen. Shukow stimmte am 27. Juli zu.

Die Amerikaner meinten, dass die Missionsmitglieder nicht unbedingt militärische Fachleute sein sollten, sondern eher „Diplomaten“ mit reicher politischer Erfahrung und alle Teilstreitkräfte repräsentieren. Die Amerikaner sahen als Hauptaufgabe der Missionen die Unterstützung der Besatzungsbehörden bei der Klärung von Problemen mit dem sowjetischen Hauptquartier und die Überwachung der Ausführung der vierseitigen Abkommen in der sowjetischen Besatzungszone vor. Darüber hinaus sollten die Missionen bei der Registrierung von Kriegsgräbern helfen, Unterstützung bei Zeugenvernehmungen zu Kriegsverbrecherprozessen in der amerikanischen Besatzungszone und Hilfe bei Gefangenentransporten gewähren, bei der Auslieferung von militärischen und zivilen Gefangenen helfen und zum Schutz von amerikanischen Militärs in die SBZ beitragen.

Im September 1946 waren alle Fragen geklärt. Die Missionen erhielten exterritorialen Status und ihre Angehörigen diplomatische Immunität.

Schon am 16. September 1946 wurden die Verhandlungen zwischen der sowjetischen und der britischen Seite abgeschlossen (BRIXMIS). Gegenseitig zugelassen wurden je 31 Missionsangehörige. Am 3. April 1947 folgte der Abschluss eines solchen Abkommens mit Frankreich. Beiden Seiten gestehen sich in der „MMFL“ genannten Mission gegenseitig 18 Missionsmitglieder zu. Die Briten und Franzosen nahmen in Potsdam ihr Domizil.

Am 5. April 1947 war schließlich auch das Abkommen mit den Amerikanern und Sowjets unter Dach und Fach. Die „USMLM“ – United States Military Liaison Mission – bewohnte bis zur Aufhebung der Besatzungsrechte der Siegermächte im Jahre 1990 eine repräsentatives Palais in Neufahrland (das bis 1945 von Prinz Friedrich von Hohenzollern bewohnt worden war) bei Potsdam mit 14 Offizieren und Soldaten, die, wie man glaubte, aus dem amerikanischen Geheimdiensten rekrutiert wurden.

Die sowjetischen Militärmissionen, auch „SOXMIS“ genannt, waren jeweils in Frankfurt am Main, Baden-Baden und Bünde in gleicher Stärke stationiert.

In der deutschen Presse fanden die Aktivitäten der Militärmissionen nahezu keine Beachtung und wenn, dann nur, wenn es zu irgendwelchen Zwischenfällen kam. Ärger gab es, als am 11. März 1962 der britische Corporal Douglas Day an der Grenze bei Kleinmachnow durch Schüsse eines DDR-Grenzers le-

bensgefährlich verletzt wurde. Die britische Patrouille war in ein Sperrgebiet eingedrungen.

Am 9. September 1975 gab es wiederum Verletzte. Ein blauer Ford Taunus mit zwei uniformierten sowjetischen Offizieren und einem Fahrer fährt in ein militärisches Sperrgebiet ein. Es ist wegen des französisch-deutschen Manövers „Große Rochade“ unterwegs. Die Sowjets fotografieren Kasernen. Dabei werden sie von Bundeswehrangehörigen entdeckt. Der Ford wendet und rauscht mit über 200 km/h davon, bis er an einer Spitzkehre gegen eine Leitplanke prallt. Hauptmann Kourinow und Oberleutnant Kurabelnikow erleiden Schnittwunden. Sie werden in ein französisches Militärhospital eingeliefert.

Im Frühjahr 1987 hält in Alsfeld ein amerikanischer Major einen sowjetischen Oberst und dessen Oberfeldwebel über sechs Stunden fest, weil er ihn beim Fotografieren von Einheiten der 3. US-Panzerdivision geschnappt hat.

Neben der Beobachtung von Truppenmanövern, Flugplätzen, Raketenstellungen, Häfen, Radaranlagen, Depots, Munitionslagern, werden Anzeichen für bevorstehende oder bereits ausgelöste Alarmstufen ausspioniert. Panzer, Verladebahnhöfe, Übersetzstellen, unterirdische Militäranlagen und alles, was nur im Entferntesten mit den Kernwaffen zu tun, wird beobachtet und kartographiert.

So kam es auch dazu, dass am 24. März 1985 der 37-jährige Major Nicholson von der amerikanischen Militärmission in der DDR bei einer Erkundungsfahrt in der Nähe der Fernstraße Nr. 5 bei Ludwigslust in Mecklenburg von einem sowjetischen Posten erschossen wurde. Die Amerikaner wussten, dass in dieser Gegend ein motorisiertes Schützenregiment der 94. Division und ein Panzerregiment der 2. Sowjetischen Gardedarmee stationiert waren. Nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS seien die Amerikaner von USXMIS auf das Militärobjekt gefahren sein und sollen von einem Fenster aus das Innere eines Militärobjektes fotografiert haben. Auf den Anruf eines Postens in russischer und deutscher Sprache habe Nicholson nicht reagiert. Das amerikanische Militär hat eine andere Version von dem tragischen Vorfall.

Behling spricht von einem geheimen Luftkrieg über der DDR, an dem sowjetische und NATO-Flugzeuge beteiligt waren. Angeblich seien dabei 21 Menschen zu Tode gekommen. Im Januar 1964 drang eine T-39 Sabreliner – ein unbewaffnetes Trainingsflugzeug – bei Diedorf in der Nähe von Mühlhausen in die DDR ein. Das USAF-Flugzeug wird von einem sowjetischen Abfangjäger abgeschossen. Die amerikanischen Offiziere, Colonel Hannaford, Captain Lorraina und Captain Millard, sind sofort tot. Am 7. April 1965 donnern fünf MiG-21 über

den Reichstag und die Kongresshalle in West-Berlin. Dort findet eine Sitzung des Deutschen Bundestages statt, was nach Meinung der Sowjetunion und der DDR unrechtmäßig ist. Gleichzeitig werden Scheinangriffe auf den Tiergarten und die alliierten Flugplätze Tempelhof, Tegel und Gatow geflogen.

Zahlreiche Provokationen beider Seiten werden dokumentiert. Besonders interessant zu lesen ist der Abschnitt, in dem die „Operation Mitte“ der NVA beschrieben wird. In einem noch vor dem Ende der DDR vernichteten geheimen Dokument soll der Einmarsch der NVA vorbereitet gewesen sein. Belege dafür konnte der Autor nicht beibringen.

Das Buch wird vor allem junge Leser interessieren, da viele politische Details beschrieben werden, die junge Menschen nur vom Hörensagen kennen. Eine kurzweilige Lektüre, flüssig und spannend geschrieben. *Franz-Karl Hitze*

Klaus Behling: Spione in Uniform / Die Alliierten Militärmissionen in Deutschland, Verlag Hohenheim, Stuttgart, 2004, geb., 328 Seiten, Preis 19,90 Euro, ISBN 3-89850-121-3

Kathrin Röggla: „Wir schlafen nicht“

Die Autorin erläutert den Entstehungsprozess dieses Romans so: „Ich habe 25 längere Interviews (von eineinhalb bis vier Stunden) mit Consultants, Coaches, Programmierern, Journalisten geführt und ca. 15 kürzere, und ich habe viel zum Thema Arbeit, Arbeitsbegriff gelesen.“ (Weitere Info: www.kathrin-roeggla.de)

Auf irgendeiner Industriemesse treffen diese Leute aufeinander und erzählen über ihr (Arbeits-)Leben, welches vollständig besetzt ist von den Prozessen, Strukturen, Umwälzungen und marktgetriebenen Zwängen ihrer Branchen, in denen sie tätig sind. Einer Fragestellerin offenbaren die besagten Gesprächspartner ihre Sicht von Arbeit, Organisation, Konkurrenz, Personalabbau, Firmenpleiten, aber auch Privatleben und Gesundheit einschließlich „Schlaflosigkeit“.

Während der Lektüre dieses Buches hat mich verblüfft, wie erschreckend präzise eine relativ junge Autorin (Kathrin Röggla ist Jahrgang 1971), die selbst nicht unter diesen Bedingungen arbeitet, die teilweise extremen Persönlichkeitsveränderungen in der industriellen Arbeitswelt der letzten ein bis zwei Jahrzehnte literarisch wiedergibt. Es geht um Deformationen und Entfremdungen bis hin zur Selbstverleugnung und -zerstörung, die bei den genannten Tätigkeiten dann auftreten, wenn die eigenen Lebens- und Arbeitsinteressen mit Haut und Haaren in dem

jeweiligen Unternehmenszweck sozusagen „aufgehen“.

Ich möchte im Folgenden ein paar Interviewfetzen aus dem Buch zitieren, um zu verdeutlichen, welche Erscheinungsformen dieses maßlose Getriebensein, dieses an Drogensucht erinnernde Arbeiten, dieses Nicht-mehr-Aussteigen oder Abschalten-Können bei gleichzeitig wachsender Unsicherheit annehmen kann.

„eine stunde killerschlaf“ –

Die Key-Account-Managerin und der IT-Supporter im Gespräch über fehlenden Schlaf (Kleinschreibung im Original):

„also sie hat sich angewöhnt, sich beim fliegen eine stunde killerschlaf zu holen. und wenn tage superheftig waren, hat sie sich manchmal in irgendein büro zurückgezogen und nur kurz, zehn, fünfzehn minuten die augen zugemacht ... klar, wir sind alle nur menschen! aber sag das mal jemandem auf den kopf zu!“ (S. 21)

„geistesgestörte arbeitszeiten“ –

Der Senior Associate: „müsse er zugeben: ein wenig geistesgestört seien die arbeitszeiten schon, das sei ihm klar, wenn einem die arbeit nicht über alles gehe, dann könne man das auch nicht machen. das verstünde sich von selbst. man mache locker 14 stunden, wenn nicht gar 16 oder mehr. und das sei natürlich ein riesenunterschied. gerade die zwei stunden mehr, die einem von der freien zeit noch abgeknappst würden, die könnten sie einem irgendwann nicht mehr bezahlen ... nee, schlafen sei nicht schick, ‚das kommt nicht so gut‘, wer schlafe, sei auch schlecht beraten, so als berater (lacht), man würde eben viel arbeiten, ‚also wenn man um 18 uhr geht, kommt üblicherweise der spruch: ob man sich einen halben tag freigenommen habe?“ das sei ein völlig normaler spruch, ja, er würde fast sagen, es herrsche da so eine art wettbewerb vor, so unter dem motto: wer hält am längsten durch?“ (S.34/35)

„privatleben und libidinöse durststrecken“ –

Der Senior Associate: „er schwöre ja auf fernbeziehung, das wäre noch lebbar neben der beruflichen belastung. aber so ein normales familienleben ginge nicht. Das könne er sich nicht vorstellen. gut, da sei er auch ein wenig zu jung dazu, aber wenn er einmal eine familie gründen werde, würde er die ab und zu schon mal sehen wollen. und wie solle das machbar sein, wenn man andauernd unterwegs sei. das sage sich ja so einfach: ‚friday in, monday out.‘ dabei stimme es ja gar nicht, und wenn es doch mal klappe, dann müsse am wochenende nachgearbeitet werden. also wenn er jetzt ehrlich sein solle, er bekomme seine wohnung kaum noch zu gesicht, also

ihn würde es nicht wundern, wenn er sie eines tages nicht mehr fände. also das mit dem familienleben ginge bei ihm nicht.“

Die Key-Account-Managerin: „sie habe kein privatleben. nicht dass sie davon wüsste. nein, aber wenn, solle man sie mal darüber informieren, denn hin und wieder hätte sie schon gerne eines. hin und wieder wäre sie schon gerne dabei, wenn sich so was wie ein streifen privatleben am horizont zeige.

Sie sei ja nun keine von denen, die sagten: die firma sei ihr privatleben, wie man das heute so schnell sage, ohne sich großartig was zu denken, aber etwas wahres sei schon dran, müsse sie zugeben. man hänge eben mit der zeit immer mehr da rum. sie denke schon, dass sie oft länger auf arbeit bleibe, als unbedingt notwendig, aber wenn man mal einen gewissen punkt überschritten habe, dann bleibe man oft, mache weiter, weil es einfach anstrengender wäre, sich sozusagen in eine andere stimmung hineinzubewegen, sich sozusagen auf andere sozialkontakte einzulassen ... das bekomme durchaus etwas sektenhaftes, wenn man so wolle, aber von libidinösen durststrecken würde sie jetzt nicht gleich reden wollen, aber letztendlich müsse man das strenggenommen doch, denn wie solle man das auch anders bezeichnen.“ (S.72/73)

„abstürzen“ –

Der IT-Supporter: „grippen, virusinfektionen, übelkeiten über nacht. kopfschmerzen. seine umwelt wisse dann bescheid. man lasse ihn dann in ruhe. man warte einfach ab, ‚ja, nach solchen phasen stürzt du erst mal ab. danach bist du fertig. und wenn du dann keine ergebnisse vorzuweisen hast wie eben jetzt – um so schlimmer für dich!“

Vor einem Fehlschluss möchte ich abschließend warnen: diejenigen, die von solchen „verrückten“ Arbeitsbedingungen berichten, selbst für verrückt zu erklären. Zugrunde liegen diesen paranoiden Verhältnissen eine drastische Veränderung der Arbeitsorganisation, die die Maßlosigkeit der kapitalistischen, globalisierten Markt- und Konkurrenzbedingungen ungebremst auf jeden Mitarbeiter durchschlagen lässt. Gegenwehr ist nur möglich – das zeigen zaghafte Ansätze in verschiedenen Betrieben – wenn es gelingt, Verständigungsprozesse der Beschäftigten untereinander zu organisieren, bei denen jeder erkennen kann: „Es geht nicht nur mir so, ich muss selbst aktiv werden, um meine eigenen Lebensinteressen zu schützen, aber alleine kann ich es nicht schaffen!“

maß, entnommen aus: an/az Freiburg

Kathrin Röggla, Wir schlafen nicht, 224 Seiten, 18,90 Euro, erschienen im März 2004 im S. Fischer Verlag, ISBN 3-10-066055-2

Vorschau auf Wahlen

20. Februar 2005: Landtagswahl in *Schleswig-Holstein*.

22. Mai 2005: Landtagswahl in *NRW*.

2006: Frühjahr: Kommunalwahl Hessen. April: Landtagswahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt. Herbst: Bundestagswahl, Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

30. Januar. Frankfurt. *Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. Vorbereitung der Mitgliederversammlung. Fulda, Bahnhof, Beginn 11 Uhr.

11. bis 13. Februar. München. *Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg! Internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz*. Näheres: www.muenchner-friedensbuendnis.de

19. Februar. Köln. *NPD – braunes Sammelbecken für zerstrittene Rechte? Nazis sehen Chance, sich zu etablieren – Was ist zu tun!* Veranstaltung der Antifaschistischen Nachrichten. 14 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3.

23. Februar. Mainz. *Besuch des US-Präsidenten George W. Bush*. Bundesweit sind Gegenaktionen angekündigt. Näheres: www.bushinmainz.de

4./5. März. Stuttgart. *Attac-Europa-Konferenz: EU global – fatal?!*. Näheres: www.attac.de

19. März, europaweit. *Demos gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus*. Aktionstag des Europäischen Sozialforums. Zentrale Demonstration in Brüssel.



NPD – braunes Sammelbecken für zerstrittene Rechte?

Nazis sehen Chance sich zu etablieren – Was ist zu tun!

Diskussion mit:

Prof. Wolfgang Dreßen
Leiter der Arbeitsstelle
Neonazismus an der
Fachhochschule Düsseldorf

Dr. Volker Külow
Mitglied des Sächsischen
Landtages und
Kulturpolitischer Sprecher
der PDS-Fraktion



Samstag 19. Februar 2005 um 14.00 Uhr

**Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum**

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
in Zusammenarbeit mit dem Förderverein
Infos: Tel. 0221-21 16 58

3./4. April. Frankfurt. *Jahresversammlung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. Vorbereitung der Mitgliederversammlung. Haus der Jugend, Deutscherherrenufer 12, Beginn 12 Uhr.

9./10. April. Berlin. *Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen*. Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

KOMMUNALPOLITISCHE LEITLINIEN

Kommunalpolitische Konferenz der PDS

23./24. April 2005 im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld

Bürgerkommune – was verstehen wir genau darunter? **Mehr Demokratie von unten** – wie setzen wir das durch? **Kommunale Selbstverwaltung ausbauen** – geht das überhaupt noch angesichts knapper kommunaler Kassen? **Soziale Kommune** – gibt es dafür noch Spielräume im ersten Jahr von Hartz IV?

23./24. April. Köln. *Kommunalpolitische Konferenz der PDS*. Nach Offenbach 2003 und Sömmerda 2004 treffen sich die PDS-Kommunalpolitiker/innen dieses Mal in Köln. Aus mehreren Gründen: Zum einen soll die Konferenz ein Angebot an die vielen neuen PDS-Kommunalabgeordneten in NRW sein (natürlich auch an alle anderen!), zweitens wollen wir die Genoss/innen in NRW mit dieser Konferenz bei ihrem Landtagswahlkampf unterstützen. Außerdem soll in Köln die Debatte um die Kommunalpolitischen Leitlinien und um politische und strategische Schwerpunkte linker Kommunalpolitik weitergeführt werden. Mit dabei unter anderen: Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Katrin Kunert und die Autor/innen der Kommunalpolitischen Leitlinien. Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030 24009 363, Fax 030 24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jede/r angemeldete Konferenzteilnehmer/in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt.

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

25. bis 29. Mai. Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

21. bis 24. Juli. Erfurt. *Bundesweites Sozialforum*. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.